

*Ernst Lohoff*

## **Ein Virus stellt die Systemfrage**

Wie die Corona-Pandemie die kapitalistischen Widersprüche verschärft

### **1.**

Der kapitalistischen Gesellschaft kommt unter den Gesellschaftsformationen eine historische Sonderstellung zu. Zum einen wohnt ihr allein die Tendenz inne, sukzessive die gesamte Welt zu durchdringen und die Menschheit zwangszuvereinigen; zum anderen ist sie die mit Abstand krisenträchtigste Gesellschaftsformation in der Geschichte. Beide Eigentümlichkeiten haben in der jüngsten Phase kapitalistischer Entwicklung eine ganz neue Qualität erreicht. Die erstgenannte Eigentümlichkeit ist schon lange bekannt; seit Jahrzehnten ist der Begriff der Globalisierung in aller Munde. Seit der Jahrtausendwende drängt aber immer schmerzhafter ins Bewusstsein, dass auch die lange verdrängte Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems ganz neue Dimensionen erreicht hat. Allein die letzten zwölf Jahre haben neben zahllosen kleineren, auf bestimmte Weltregionen beschränkte Krisen gleich drei Krisen mit globalem Charakter hervorgebracht, die die Weltgesellschaft in ihren Grundfesten erschüttern. Erstens die Finanzmarktkrise, die im Jahr 2008 die Weltwirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs brachte und nie wirklich überwunden wurde. Zweitens rast das kapitalistische Weltsystem im Prozess der Erderwärmung auf einen Point-of-no-return zu. Ohne eine schnelle und dramatische Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes lässt sich der Klima-GAU mit seinen unabsehbaren Folgen nicht mehr abwenden. Und auch wenn die Befürworter eines Green New Deal das stur ignorieren, ist eine solche Reduktion auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise unmöglich; sie ist an einen Systembruch gebunden. Drittens steckt auch die liberale Demokratie dreißig Jahre nach ihrem vermeintlichen Endsieg in einer fundamentalen Krise. Selbst in ihren ehemaligen Hochburgen wie den USA und Großbritannien verliert sie

ihre Integrationskraft und ist in Auflösung begriffen, von den Ländern der Weltmarktperipherie ganz zu schweigen. Der letzte vermeintlich demokratische Aufbruch, der Arabische Frühling, endete im Desaster. Die gesamte Weltmarktperipherie ist zur Domäne autoritär-kleptokratischer Regime verkommen oder fällt in die Rubrik der Failed States. Und zur Krönung beschert das Jahr 2020 der Weltgesellschaft mit der Corona-Pandemie noch eine vierte globale Krise.

Von den vier globalen Krisen betreffen gleich zwei das Verhältnis zur Natur, dem »unorganischen Leib des Menschen« (Marx). Bei der Klimakrise handelt es sich um das ungewollte Nebenprodukt der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise. Je schneller die monströse »schöne Maschine« (Bentham) rotiert, je höher sich die Warenberge türmen, desto weniger sind Bio- und Geosphäre in der Lage, die bei deren Herstellung, Nutzung und Entsorgung freigesetzten Treibhausgase zu absorbieren. Die Corona-Krise stellt in gewisser Weise das Pendant zu dieser Art von »Natur«-Krise dar. In der Gestalt eines kleinen, dummen Virus schlägt »die Natur« zurück und zwingt die Politik zum bis dato Unvorstellbaren. Damit die Pandemie nicht völlig aus dem Ruder läuft und massenhaft eigene Bürger dahinrafft, entschließt sich die Politik zu einem historisch beispiellosen Schritt: Blutenden Herzens und wild entschlossen, den kapitalistischen Selbstlauf sobald wie irgend möglich wieder hochzufahren, drosseln die Regierungen diesen nun für ein paar Wochen.

Wenn die Ökonomen über die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und ihrer Bekämpfung räsonieren, dann fällt regelmäßig der Ausdruck »externer Schock«. An dieser Klassifizierung ist so viel richtig: Der Auslöser der Weltwirtschaftskrise, in die das kapitalistische Weltsystem gerade hineinsteuert, unterscheidet sich vom Ausgangspunkt früherer Wirtschaftskrisen. Klassische Wirtschaftskrisen entspringen sinkender Profitabilität. In ihnen fährt sich die »schöne Maschine« selbst hinunter. Der Shutdown, der Auslöser des neuen ökonomischen Krisenschubs, wurde dagegen von der Politik ins Werk gesetzt. Trotzdem führt das Gerede vom externen Schock gleich in doppelter Hinsicht in die Irre. Zum einen ist es seiner inneren Struktur geschuldet, dass das warenproduzierende Weltsystem auf ein paar Wochen Drosselung der Produktion dermaßen empfindlich reagiert. Die Ökonomenzunft mag noch so fleißig an der Dolchstoßlegende weben, die Weltwirtschaft sei quasi aus heiterem Himmel durch die Pandemie und ihre Bekämpfung zum Absturz gebracht

worden; in Wirklichkeit war sie schon vorher todkrank, und auch ohne Corona war es nur eine Frage der Zeit, bis ein neuerlicher großer ökonomischer Krisenschub fällig war.

Zum anderen suggeriert die Formel ›externer Schock‹, die Entstehung und Verbreitung von Pandemien wie Corona habe nichts mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise zu tun; der Virus, so die Botschaft, sei genauso als Schicksalsschlag ohne eigene Beteiligung über ›unsere Wirtschaft‹ hereingebrochen wie der Einschlag des Yucatán-Asteroiden vor 66 Millionen Jahren über die Dinosaurier. Eine solche Sicht stellt die realen Zusammenhänge aber auf den Kopf. Die Entwicklung, die das kapitalistische Weltsystem in den letzten Jahrzehnten genommen hat, liest sich im Nachhinein wie ein einziges Corona-Förderprogramm. Zu den Übeln, die der markttotalitären Büchse der Pandora entsteigen, gehört eben auch, dass die Durchökonomisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse Pandemien Tür und Tor öffnet.

## 2.

Bei der Klimakatastrophe dauerte es relativ lange, bis unter Naturwissenschaftler\*innen Einigkeit darüber herrschte, dass der Anstieg der Durchschnittstemperaturen sich nicht auf natürliche Klimaschwankungen zurückführen lasse, sondern eindeutig ›menschengemacht‹<sup>1</sup> sei. Bei Sars-CoV-2 war das in der Wissenschaftsgemeinde sehr schnell Konsens. Wie dem neuen Erreger im konkreten Fall der Sprung vom Wildtier zum Menschen gelang, ist derzeit noch nicht abschließend geklärt; allerdings warnen Virologen, Politik und Öffentlichkeit schon seit vielen Jahren vor neuen Pandemien: »Die Zahl der zoonotischen Viren, die vom Tier auf den Men-

---

1 In der Auseinandersetzung mit den Klimawandelleugner\*innen hat der Ausdruck ›menschengemacht‹ natürlich seine Berechtigung. Trotzdem ist er zumindest zu unspezifisch, wenn nicht gar problematisch. Es ist natürlich nicht ›der Mensch‹ schlechthin, der für die Klimakatastrophe verantwortlich zeichnet, sondern eine ganze bestimmte Produktionsweise und die dazugehörigen Formen des Konsums. Um gegenzusteuern, reicht es nicht, dass ›wir alle‹ unsere individuelle Lebensweise verändern. Die herrschende Vergesellschaftungsform ist auf Ressourcenverschleuderung und Naturzerstörung ausgelegt. Ähnliches wie für das Wort ›menschengemacht‹ gilt selbstverständlich auch für den heute so populären Begriff des Anthropozäns. Sobald die Menschheit die kapitalistische Produktionsweise überwindet, ist das vermeintliche ›Anthropozän‹ auch schon wieder zu Ende. Elmar Altvater hat deshalb völlig zu Recht den Begriff des Anthropozäns durch den des Kapitalozäns ersetzt.

schen überspringen, ist in den vergangenen 50 Jahren steil angestiegen«,<sup>2</sup> so der niederländische Virologe Peter Rottier. Schuld daran ist zum einen die immer raschere Zerstörung von Lebensräumen. In Afrika, Asien und Lateinamerika dringen Menschen in bisher kaum genutzte Naturräume ein. Dabei kommen sie nicht nur mit Arten in engen Kontakt, mit denen sie früher nicht in Berührung kamen, sondern auch mit den spezifischen Krankheitserregern, die diese Tiere beherbergen. »Durch die immer massivere Abholzung der Wälder und die wachsende Urbanisierung haben wir diesen Mikroben Wege eröffnet, den menschlichen Körper zu erreichen und sich entsprechend anzupassen.«<sup>3</sup> Zum anderen erhöht die industrielle Massentierhaltung sowie das Zusammenpferchen unterschiedlicher Arten auf Märkten das Zoonose-Risiko:

»Je mehr Tiere zusammen auf einer kleinen Fläche gehalten werden, desto leichter können Viren zirkulieren und desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie früher oder später auf den Menschen überspringen. In dieser Hinsicht stellt die Massentierhaltung ein Risiko für die öffentliche Gesundheit dar.«<sup>4</sup>

Dass gerade dieses spezielle Virus zu genau diesem Zeitpunkt eine Pandemie auslöste, ist natürlich Zufall. Dennoch handelt es sich bei der Corona-Krise angesichts der gestiegenen Wahrscheinlichkeit von Zoonosen um eine Krise mit Ansage. Selbst die Virenfamilie ist keine Überraschung. Bereits für den Sars-Ausbruch von 2002/2003 war ein enger Verwandter von Sars-CoV-2 verantwortlich. Dementsprechend rangierten Corona Viren unter Virologen ganz oben auf der Liste potenzieller Pandemie-Erreger.

Welche Maßnahmen zur Minimierung des Zoonose-Risikos ergriffen werden müssten, ist ebenfalls wohlbekannt. Sie überschneiden sich mit dem, was zur Abwendung des Klimadesasters dringend geboten wäre. Nicht nur im Kampf gegen die Erderwärmung, auch aus Gründen der Seuchenprophylaxe müsste die sich immer weiter beschleunigende Zerstörung von Naturräumen gestoppt werden. Das Ende der Massentierhaltung von Rindern ist unabdingbar, um die Emission des Treibhausgases Methan abzusenken. In Hinblick auf die Verhinderung von Zoonosen stellen die

2 <https://www.spektrum.de/news/sars-und-covid-19/1732972>

3 <https://www.pharma-fakten.de/news/details/913-pandemien-umweltzerstoerung-faellt-auf-den-menschen-zurueck/>

4 <https://www.spektrum.de/news/sars-und-covid-19/1732972>

Haltungsbedingungen insbesondere von Geflügel und Schweinen<sup>5</sup> das Hauptproblem dar.

### 3.

Im heutigen Stadium kapitalistischer Entwicklung ist das Auftreten von Zoonosen erheblich wahrscheinlicher geworden als in allen früheren. Damit aber nicht genug. Das Wissen über virologische Zusammenhänge war zwar nie derart groß wie heute, das hat aber diese Gesellschaft nicht davon abgehalten, ihr kollektives Immunsystem gegen Seuchen abzubauen. Zum einen hat der jahrzehntelange Prozess der Ökonomisierung des Gesundheitswesens dessen Fähigkeit zur Seuchenabwehr unterminiert; zum anderen hat sich die Gesellschaft insgesamt in eine für die Bekämpfung von Pandemien verheerende Richtung entwickelt.

Dieser zweite Aspekt wird in der öffentlichen Debatte häufig auf die explosionsartige Zunahme der Reisetätigkeit, insbesondere des Flugverkehrs, verkürzt. Das spielt natürlich eine Rolle. Weil es damals weder Massentourismus noch Heerscharen von Geschäftsreisenden gab, war die Spanische Grippe<sup>6</sup> für ihren Aufstieg zur verheerendsten Zoonose des 20. Jahrhunderts noch auf militärische Unterstützung angewiesen. Sie schipperte 1918 als blinder Passagier mit einem US-amerikanischen Truppentransporter nach Europa und brauchte eine Woche für die Atlantiküberquerung. Viel wichtiger als die Beschleunigung und Vervielfachung des Reiseverkehrs<sup>7</sup> sind indes andere Faktoren. Das beginnt mit der Klimafrage. Im Gefolge des Klimawandels erweitern sich nämlich die Verbreitungsgebiete zahlreicher Infektionskrankheiten nachhaltig. Für europäische Ohren klingen heute Dengue-Fieber, Leishmaniose oder Chikungunya noch recht exotisch.

---

5 Das Schwein gilt unter Virologen als Schmelztiegel für Viren.

6 Zu dem eigentlichen irreführenden Namen Spanische Grippe kam die Pandemie übrigens nur deshalb, weil die ersten offiziellen Nachrichten über diese Krankheit aus dem neutralen Spanien kamen, wo es keine Kriegszensur gab. Der wirkliche Ursprungsort lag im Mittleren Westen der USA.

7 Dass die verheerendste Epidemie des 20. Jahrhunderts im Rahmen einer militärischen Operation zur Pandemie wurde, hat natürlich seinen Grund. Bis in die Nachkriegszeit hinein war der zivile grenzüberschreitende Reiseverkehr noch eine Angelegenheit einer gesellschaftlichen Minderheit, von transkontinentalen Reisen ganz zu schweigen. Im Jahr 2017 haben Fluggesellschaften hingegen weltweit 4,1 Milliarden Passagieren transportiert. <https://www.spiegel.de/reise/aktuell/zahl-der-flugpassagiere-steigt-auf-4-1-milliarden-rekord-a-1188472.html>

Bis dato rafften diese Krankheiten auch nur in Afrika, Lateinamerika und Südostasien Menschen dahin. Weil die Mückenarten, die diese Krankheiten übertragen, in gemäßigte Breiten vordringen, ist es nach Expertenmeinung nur eine Frage der Zeit, bis auch die Erreger Europa für sich entdecken. Wichtiger – vor allem im globalen Maßstab – sind aber Stadtflucht und Verelendung in den Ländern der Weltmarktperipherie. Wo Megacitys mit riesigen Slums entstehen, in denen Abermillionen dicht an dicht leben, und das bei einer Wasserversorgung, die genauso prekär ist wie die Abwasserentsorgung, entstehen potenzielle Seuchen-Hotspots.

Die letzten vier Jahrzehnte haben die soziale Ungleichheit weltweit enorm verschärft. In den Ländern der Weltmarktperipherie wurden die traditionellen sozialen Netze zerstört, staatliche soziale Sicherungssysteme sind jedoch entweder erst gar nicht installiert worden oder sind schon wieder zerfallen. Und auch in den kapitalistischen Zentren wird bei den Sozialleistungen immer mehr geknausert, und die Armen werden immer ärmer. Angesichts von Corona und Co. entpuppt sich dieser Trend zur sozialen Polarisierung als ein einziges gigantisches Seuchenförderungsprogramm. Besonders extrem ausgeprägt ist das natürlich an der Weltmarktperipherie. Man nehme nur Indien, eines der Länder, das in der Wirtschaftspresse seit Jahren als einer der neuen Global Player abgefeiert wird. 90 Prozent der Arbeitnehmer\*innen sind dort im informellen Sektor beschäftigt, ohne Verträge, ohne Versicherungen. Zu allem Überflus hat die hindu-nationalistische Regierung in den letzten Jahren bei der staatlichen Gesundheitsversorgung und bei den Sozialausgaben noch einmal kräftig den Rotstift angesetzt. Millionen Menschen leben von der Hand in den Mund. Als Ministerpräsident Modi rigide Ausgangssperren erließ, rächte sich das bitter. Die vielen Millionen prekär Beschäftigten, die in den letzten Jahren vom Land in die Städte geströmt waren und von einem Tag auf den anderen von ihren kärglichen Reproduktionsmöglichkeiten abgeschnitten wurden, reagierten anders, als von Regierungsseite gewünscht. Statt sich in ihre städtischen Behausungen zurückzuziehen, machten sich viele von ihnen, wie Arundhati Roy eindrucksvoll schilderte, auf den langen Marsch zurück in die Herkunftsdörfer:

»Als Läden, Restaurants, Fabriken und die Bauindustrie geschlossen wurden, als die Reichen und die Mittelschicht sich in ihre umzäunten Kolonien zurückzogen, begannen unsere Städte und Megacitys die Arbeiter auszuspucken – die Wander-

arbeiter – so wie einen ungewollten Haufen. Viele, die von ihren Arbeitgebern oder Vermietern herausgeworfen worden waren, Millionen Verarmter, hungriger, durstiger Menschen, Jung und Alt, Männer, Frauen, Kinder, Kranke, Blinde, Behinderte, die keinen Ort mehr hatten, ohne öffentliche Verkehrsmittel, machten sich auf einen langen Marsch nach Hause in ihre Dörfer. Sie wanderten über Tage (...) – hunderte von Kilometer. Einige starben auf dem Weg. Sie wussten, sie würden nach Hause kommen und möglicherweise langsam verhungern. Vielleicht wussten sie sogar, dass sie das Virus transportieren könnten, aber sie waren verzweifelt, weil sie ihre Familie brauchten, ihre Eltern, Schutz und Ehre, aber auch Nahrung, wenn schon keine Liebe. Während sie marschierten, wurden sie brutal geschlagen und gedemütigt von der Polizei, die die Ausgangssperre strikt durchsetzen sollte. (...) Getrieben von der Angst, dass die fliehende Bevölkerung das Virus in die Dörfer tragen werde, schloss die Regierung die Landesgrenzen sogar für Fußgänger.«<sup>8</sup>

Anfang Juni musste die indische Regierung den Lockdown nach 69 Tagen offiziell beenden, obwohl selbst die amtlichen Infektionszahlen immer noch stark steigen und jeden Tag mehr als 8.000 Neuinfektionen gemeldet werden.

Derart zugespitzt sind die Verhältnisse in den kapitalistischen Metropolen selbstverständlich nicht. Dennoch gilt auch dort die simple Gleichung: Je ausgeprägter die soziale Ungleichheit, je weiter der Prozess sozialer Entsicherung fortgeschritten ist, umso schwieriger gestaltet sich die Pandemiebekämpfung. Die USA waren nicht zuletzt deshalb prädestiniert, China als Hauptherd der Corona-Pandemie abzulösen, weil in God's Own Country die Lohnabhängigen mangels Lohnfortzahlung daran gewöhnt sind, sich auch krank zur Arbeit zu schleppen. Eine solche Praxis wirkt sich im Fall des hochgradig infektiösen Covid-19 natürlich höchst fatal aus. Dass 30 Millionen Amerikaner keine Krankenversicherung haben und schon aus diesem Grund aus der medizinischen Versorgung weitgehend herausfallen, tut ein Übriges. Sogar die Trump-Regierung hat indirekt die katastrophalen Folgen dieses Zustandes anerkannt, als sie Anfang April ihre Absicht erklärte, die Test- und Behandlungskosten im Zusammenhang mit Corona-Infektionen für die US-Bürger\*innen ohne Krankenversicherung übernehmen zu wollen. Eine solche Ad-hoc-Maßnahme auf dem Höhepunkt der Pandemie

---

8 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/coronavirus-in-indien-modi-verlaengert-die-ausgangssperre-16724169.html>

kam aber natürlich zu einem Zeitpunkt, als das Kind längst im Brunnen lag. Wie viele Corona-Tote wären den USA erspart geblieben, wenn Obamacare nach 2016 nicht demontiert, sondern ausgebaut worden wäre?

Selbst in Ländern wie Frankreich und Deutschland, die im internationalen Vergleich noch mit einem soliden sozialen Netz ausgestattet sind, erweist sich die soziale Ausgrenzung als Fallstrick bei der Durchsetzung des ›Social Distancing‹. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die Obdachlosen. Wer über keine eigenen vier Wände verfügt, hat es schwer, zu Hause zu bleiben. Weil in Wärmestuben und Notunterkünften die gängigen Abstandsregeln kaum realisierbar sind, mussten viele Hygiene-Stationen schließen. Ausgerechnet mitten in der Pandemie bleibt ein Großteil einer der gefährdetsten sozialen Gruppen mehr oder minder sich selber überlassen. Das liegt natürlich nicht daran, dass ein Mangel an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten herrschen würde. So wäre es während des Lockdowns naheliegend gewesen – und Obdachlosen-Initiativen forderten das auch – die zahllosen Corona-bedingt leer stehenden Hotelzimmer für diesen Zweck zu nutzen. Im April 2020 kamen auf jeden Bedürftigen in Deutschland ungefähr 36 ungenutzte Betten in Pensionen, Gasthäusern und Hotels. Dieses Reservoir wird aber nur für eine Minderheit der Betroffenen angezapft.<sup>9</sup> In den Nachbarländern bietet sich ein ähnliches Bild. Allein in Paris leben nach offiziellen Schätzungen 3.500 Menschen auf der Straße. Die Stadtverwaltung mietete im März 170 Hotelzimmer an, dem Gros der Obdachlosen stehen nur zu Notunterkünften umgebaute Turnhallen zur Verfügung. In den USA geht man, was die ›Fürsorge‹ für Obdachlose angeht, noch einen Schritt weiter und verzichtet auch schon einmal auf den Luxus, ein Dach über dem Kopf anzubieten:

»Wegen Ansteckungsgefahr hatten Wohnungslose in Las Vegas eine Notunterkunft räumen und auf dem Parkplatz eines Fußballstadions übernachten müssen. Mit weißen Linien, wie in einem Setzkasten, hatte die Polizei winzige

---

9 Zu den Spitzenreitern in Europa gehört Hamburg. Dort wurden im April 250 Menschen für vier Wochen in Hotels untergebracht. Ermöglicht haben das allerdings nicht die Sozialbehörden, sondern ein privater Spender. Das Hamburger Unternehmen *Reemtsma Cigarettenfabriken* stellte für diesen Zweck 300.000 Euro zur Verfügung. <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Corona-Hotelzimmer-fuer-Obdachlose-dank-Spende,coronavirus1294.html>



›Wohnflächen‹ markiert, auf denen sie ihre Körper ablegen durften, während die Luxushotels ringsum leer standen.«<sup>10</sup>

Offensichtlich ist auch angesichts von Corona das heilige Prinzip, dass jede über das bloße Vegetieren hinausgehende ›Wohltat‹ erarbeitet sein will, doch wichtiger als eine möglichst effiziente Seuchenbekämpfung.

Noch weit fataler auf die Seuchenbekämpfung wirken sich die Lebensverhältnisse aus, die bestimmten Gruppen von Arbeitsmigrant\*innen zugemutet werden. Ein Musterbeispiel in dieser Hinsicht stellt Singapur dar. Wochenlang galt der Stadtstaat mit nur 200 gemeldeten Corona-Fällen als Musterknabe bei der Eindämmung des Virus. Mitte April änderte sich das Bild dramatisch, und Singapur belegte plötzlich in Südostasien den Spitzenplatz bei den gemeldeten Infektionen. Das Virus grassierte unter den zahlreichen Arbeitsmigrant\*innen, weil die Behörden ›vergessen‹ hatten, diese in ihre Schutzmaßnahmen mit einzuplanen. 200.000 von ihnen wohnen in Heimen, 43 davon sind Megaheime mit mehreren Tausend Menschen: »Dort teilen sich bis zu 20 Personen einen Schlafsaal und noch mehr Menschen Küchen und sanitäre Einrichtungen.« Die logische Konsequenz solcher sozialen Ignoranz: »Die billigen Arbeitskräfte aus Süd- und Südostasien, deren Zahl im 5,6-Millionen-Einwohner-Land auf 800.000 geschätzt wird und ohne die in Singapur nichts geht, machen jetzt mehr als dreiviertel aller Infizierten aus.«<sup>11</sup>

In Deutschland gehen die Infektionsraten zwischen Menschen mit und ohne deutschen Pass nicht derart himmelschreiend auseinander. Aber auch hierzulande öffnen die besonders prekären Bedingungen, unter denen einige Gruppen von Arbeitsmigrant\*innen schufteten und leben müssen, dem Virus Tür und Tor. Das betrifft zum einen die Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft.<sup>12</sup> Eine noch unrühmlichere Rolle spielt aber die dank Dumpinglöhnen seit Jahren florierende Fleischindustrie, die in erster Linie osteuropäische Arbeitskräfte ausbeutet. Kaum war der Corona-Lockdown Anfang Mai gelockert, machte die Branche negative Schlagzeilen. Zunächst wurden 129 vor allem aus Bulgarien und Rumänien stammende Mitarbeiter

---

10 <https://www.zeit.de/kultur/2020-04/corona-pandemie-kapitalismus-oekonomie-menschenleben>

11 <https://taz.de/Coronavirus-in-Singapur!/5680203/>

12 <https://www.tagesschau.de/investigativ/panorama/corona-erntehelfer-103.html>

eines Schlachterbetriebs in Coesfeld positiv auf Corona getestet.<sup>13</sup> Kurz darauf machte die Meldung die Runde, bei der Firma Müller Fleisch in Birkenfeld bei Pforzheim seien 400 von 1.100 Mitarbeiter\*innen infiziert.<sup>14</sup> Deutschland hat einen neuen Corona- Brennpunkt: die Fleischindustrie. Das war insofern absehbar, als diese Branche mit einem tiefgestaffelten System von Subunternehmern operiert, in dem niemand bereit ist, das Social Distancing durchzusetzen und dessen Kosten zu übernehmen. Hinzu kommt die Kasernierung der ausländischen Billigarbeitskräfte in Massenunterkünften. Der Corona-Ausbruch bei Tönnies brachte das Fass schließlich zum Überlaufen. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung ergriff die Bundesregierungen eine Maßnahme, die sie schon vor Jahren hätte ergreifen sollen, und erließ für diese Branche ein Werkvertragsverbot.

Was soziale Ungleichheit angeht, sind unter den kapitalistischen Kernstaaten bekanntlich die USA führend. Dementsprechend rangiert das Land auch in Sachen Corona-Infektionen weltweit ganz weit vorne. Die USA haben unter den kapitalistischen Kernstaaten aber nicht nur absolut die meisten Infektionen und Todesopfer<sup>15</sup> zu verzeichnen; weit mehr als in Europa ist Corona dort eine Krankheit der Armen. Das lässt sich insbesondere daran ablesen, dass das Virus in den USA in keiner anderen Bevölkerungsgruppe derart viele Opfer fordert wie in der afroamerikanischen. »Mehrheitlich afroamerikanische Landkreise« vermeldeten laut *Washington Post* »teils dreimal so viele Infektionen und fast sechsmal so viele Todesfälle ... wie Landkreise, in denen weiße Amerikaner in der Mehrheit seien.«<sup>16</sup>

#### 4.

Vor allem in Europa war die Daseinsvorsorge lange Zeit eine Domäne der öffentlichen Hand, auch das Gesundheitswesen. Im Gefolge der neoliberalen Revolution haben sich die Gewichtungen in diesem Sektor nachhaltig zugunsten des privaten Kapitals verschoben. Und auch diejenigen Teile

13 <https://www.dw.com/de/fleischindustrie-wird-zum-corona-brennpunkt-in-deutschland/a-53372663>

14 <https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.birkenfeld-jetzt-400-corona-infizierte-in-fleischwerk.cc40060e-5348-4fe0-bd93-20ec3ed5c74e.html>

15 Laut Johns-Hopkins-Universitäten hatten die USA Anfang August über 160.000 Corona-Tote zu beklagen.

16 <https://www.welt.de/vermishtes/article207145829/USA-Afroamerikaner-ueberproportional-haeufig-von-Corona-getroffen.html>

des Gesundheitswesens, die nicht privatisiert wurden, stehen seit Jahren unter einem verschärften Ökonomisierungsdruck. Diese Verwandlung von Gesundheit in eine Art von Ware wirkt sich auf die Seuchenprophylaxe und -bekämpfung verheerend aus.

Das beginnt bereits bei der Ausrichtung der medizinischen Forschung. Diese wird inzwischen hauptsächlich von Pharmaunternehmen getragen, und diese pumpen ihre Mittel ausschließlich in Forschungsbereiche, bei denen die Aussicht besteht, dass sich diese Vorkosten rentieren und am Ende absetzbare Waren stehen. Die Seuchenprophylaxe fällt da vollständig durchs Raster und Impfstoffe spielen nur eine Nebenrolle. In 2018 gaben die führenden Pharmaunternehmen der Welt einen Rekordbetrag von knapp 180 Mrd. Dollar für Forschung aus. Der riesige privatwirtschaftlich orientierte Wissenschaftsapparat beschäftigt sich aber fast ausschließlich mit der Suche nach Wirkstoffen gegen Zivilisationskrankheiten wie Herz- und Kreislaufleiden und Krebs. Infektionskrankheiten wie Malaria werden stiefmütterlich behandelt. Die für Seuchenbekämpfung relevante Forschung findet dementsprechend vornehmlich an den von der öffentlichen Hand finanzierten Universitäten und Forschungseinrichtungen statt. Allerdings fällt auch auf diesen Sektor des Wissenschaftsbetriebs inzwischen zunehmend der lange Schatten privater Verwertungsinteressen. Im Kampf um private Drittmittel haben nur solche Forschungsprojekte Chancen, an die sich langfristig entsprechende Gewinnerwartungen knüpfen lassen.<sup>17</sup>

Das mag einer der Gründe sein, warum die Forschung über Corona-Viren nach dem Ausbruch der Pandemie mehr oder minder einen Kaltstart hinlegen musste. Zwar war diese Viren-Familie nach dem Sars-Ausbruch von 2002/2003 in verschiedenen Ländern Gegenstand staatlich finanzierter Forschungsprojekte. Angesichts der Tatsache, dass Corona-Viren auf der Liste potenzieller Pandemie-Auslöser weit oben rangierten, war das ja auch dringend geboten; diese Arbeiten fielen aber alsbald dem Rotstift zum Opfer. Die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen wäre heute natürlich wesentlich weiter vorangeschritten, wenn die Forschungsarbeit auf diesem Gebiet kontinuierlich weitergelaufen wäre. Dementsprechend

---

17 Auch in Deutschland spielen Drittmittel bei der Finanzierung des Wissenschaftsbetriebs eine immer größere Rolle. 2010 flossen den deutschen Hochschulen Drittmittel in Höhe von 5,9 Milliarden zu. 2015 waren es bereits 7,4 Milliarden Euro. 2016 waren 26 % der Stellen des wissenschaftlichen Personals drittmittelfinanziert. <https://de.wikipedia.org/wiki/Drittmittel>

nachvollziehbar ist die Klage des weiter oben bereits zitierten Virologen Peter Rottier:

»Wir schlagen uns jetzt mit einem Virus herum, das genetisch zu 78 Prozent mit dem Sars-Virus identisch ist. Bis vor Kurzem haben wir noch vergeblich versucht, Geld für die Erforschung von Impfstoffen und Therapien gegen das Sars-Virus zu bekommen. Wir haben unter anderem an einer Therapie gearbeitet, die auf monoklonalen Antikörpern basiert. Wir konnten sie nicht weiterentwickeln. Als wir feststellten, dass das neue Virus dem Sars-Virus so ähnlich ist, haben wir sie wieder aus dem Schrank geholt und an Sars-CoV-2 getestet. Einer hat sehr gut angeschlagen und ist nun von einem Unternehmen übernommen worden.«<sup>18</sup>

Wie in dem Zitat schon aufscheint, ist mit dem Ausbruch der Pandemie das weitgehende Desinteresse der Pharmaindustrie an der Suche nach potenziellen Impfstoffen gegen die Familie der Corona-Viren ins Gegenteil umgeschlagen. Jeder Firma, der die Entwicklung von Medikamenten gelingt, die den Verlauf der Krankheit entscheidend mildern, winkt ein Riesengeschäft. Das Unternehmen, das als erstes ein wirksames Serum auf den Markt brächte, hielte damit eine Lizenz zum Gelddrucken in den Händen. Dementsprechend ist in der Pharmaindustrie ein großes Wettrennen ausgebrochen. Die Konzerne pumpen Geld in diesen Forschungssektor und suchen die Kooperation mit den avanciertesten Forschungsinstituten, um im Eiltempo zu kommerziell nutzbaren Produkten zu gelangen. Diese Wendung beseitigt aber nicht den Gegensatz zwischen den Bedürfnissen der Weltgesellschaft und den Interessen der Pharmaunternehmen, sie verschiebt lediglich die Widerspruchslinie. Für die Menschheit käme es auf zweierlei an: auf einen möglichst frühen Zeitpunkt, an dem ein einsetzfähiger Impfstoff zum Einsatz bereitsteht, und darauf, dass dieser dann massenhaft hergestellt wird und weltweit überall allen zur Verfügung steht.

Zur Verkürzung der Entwicklungszeit wäre absolute Transparenz und die freie Verfügbarkeit aller Forschungsergebnisse dringend geboten. Dummerweise gilt beim Wettlauf nach einem Impfstoff auf diesem speziellen Markt aber nun einmal das Gesetz *The winner takes it all*. Deshalb ist es vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt am allerwichtigsten, vor der Konkurrenz die Ziellinie zu überqueren, und das gebietet die Bewahrung von Betriebsgeheimnissen. Angesichts der Corona-Pandemie beteuern viele

---

18 <https://www.spektrum.de/news/sars-und-covid-19/1732972>

Firmen ihre Kooperationsbereitschaft, schon um das Know-how von Unis und nicht kommerziell orientierten Forschungsinstitute zu gewinnen, und aus Gründen der Public Relations. Es wäre allerdings naiv, von der Einhaltung dieser Versprechen auszugehen.

Was die Suche nach Anti-Corona-Medikamenten angeht, haben sich 15 Pharmaunternehmen immerhin einer Initiative der Bill & Melinda Gates Stiftung und des Wellcome Trusts angeschlossen und sich bereit erklärt, ihre ansonsten streng geheimen Wirkstoffbibliotheken zu öffnen, darunter auch Pharmariesen wie Novartis und Bayer. »Bestimmte Forschungsinstitute in den USA und Europa dürfen die virtuellen Regale der Pharmakonzerne ab sofort nach potenziellen Wirkstoffen gegen das neue Corona-Virus durchforsten.«<sup>19</sup> Die Offenheit der beteiligten Firmen dürfte allerdings kaum auf Altruismus beruhen. Zum einen wollen sie schon im Vorfeld einer breiteren Debatte über die tödlichen Konsequenzen des Patentrechts zuvorkommen. Legitimatorisch macht es nämlich leider einen Unterschied, ob »nur« die Bewohner der Dritten Welt mangels Zahlungsfähigkeit von dringend benötigten Medikamenten abgeschnitten werden oder die Bevölkerung Europas und der USA einem Virus ausgeliefert wird, weil das Patentrecht der Entwicklung wirksamer Medikamente im Wege steht. Zum anderen ist es in diesem Fall für die Pharmariesen vermutlich sogar betriebswirtschaftlich rational, ausnahmsweise Einblick in Betriebsgeheimnisse zu erlauben. Sie besitzen ja bereits Patente auf diese Wirkstoffe, und eine eventuelle zusätzliche Anwendung bei Corona brächte neben Prestige erhöhte Nachfrage; gleichzeitig wären die Forschungskosten für neue Anwendungen externalisiert. Bei der Entwicklung eines neuen Impfstoffs, bei dem die Entwicklungskosten erst noch erbracht werden müssen, sieht das völlig anders aus.

Sollte die Suche nach einem Impfstoff oder wirksamen Medikamenten schließlich von Erfolg gekrönt sein, würde sich ein weiteres, noch gravierenderes Problem stellen. Wie lässt sich eine ausreichende und schnelle Versorgung der Weltbevölkerung bewerkstelligen? So viel ist klar: Niemals wäre ein einzelnes Pharmaunternehmen allein in der Lage, die globale Versorgung von Covid 19 Patienten zu sichern.<sup>20</sup> Dazu müssten die Kapazitäten anderer Unternehmen genutzt, möglicherweise auch neue Kapazitäten ge-

---

19 *Süddeutsche Zeitung*, 15.4.2020

20 Ebd.

schaffen werden. Die stofflichen Ressourcen und die Manpower sind dafür selbstverständlich vorhanden. Allerdings stellen gerade in dieser Hinsicht das Patentrecht und die betriebswirtschaftlichen Interessen der Avantgarde-Unternehmen ein Nadelöhr dar. Die glücklichen Patentinhaber werden anderen Herstellern die Rechte nur überlassen, wenn sie sich dabei eine goldene Nase verdienen können. Weil Lieferengpässe vorprogrammiert sind, haben einige Regierungen ihre Gesetzeslage verändert. In Deutschland z.B. hat im März, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, das Gesundheitsministerium die Möglichkeit erhalten, Zwangslizenzen zu erlassen – angesichts der hierzulande besonders starken Stellung der Pharmalobby ein bemerkenswerter Schritt. Ob solche Zwangslizenzen auch gegenüber außereuropäischen Firmen durchsetzbar wären, steht in den Sternen. Auf alle Fälle drohen Länder, die über keine eigenen pharmaindustriellen Kapazitäten verfügen, unter die Räder zu geraten. Das gilt natürlich insbesondere für die Länder des Globalen Südens. Schon bei der Vogelgrippe von 2009 mussten sich ärmere Staaten mit kläglichen Impfstoffzuteilungen begnügen, weil viele reiche Länder Impfstoff horteten. Kritiker wie die Schweizer NGO *Public Eye* fürchten zu Recht eine Wiederholung dieses Szenarios. Das Patentrecht und das Interesse der Pharmaindustrie, den Impfstoff als knappes Gut zu produzieren, laufen in der Praxis darauf hinaus, auf dem Altar der betriebswirtschaftlichen Logik massenhaft Menschenleben zu opfern. Sollte die Entwicklung eines Corona-Impfstoffes gelingen, dürfte der Grundsatzkonflikt zwischen der Weltgesundheit einerseits und dem Patentrecht andererseits in aller Schärfe aufreißen. Einige Regierungen, allen voran die von Präsident Trump, verfolgen jetzt schon eine brutale impfstoff-nationalistische Politik und versuchen, Exklusivverträge für ihre Länder mit den potenziellen Patentinhabern auszuhandeln. Europas größter Pharmakonzern, Sanofi, hat von der US-amerikanischen *Barda* (Biomedical Advanced Research and Development Authority) 30 Millionen Dollar für seine Forschungsarbeit erhalten und hat im Gegenzug einen Vorvertrag geschlossen. Dieser sieht vor, dass die USA im Erfolgsfall zuerst mit dem Impfstoff beliefert würden. Sanofis Vorstandsvorsitzender Paul Hudson erpresst die europäischen Regierungen nun nachzuziehen, um ebenfalls das Recht auf eine Vorzugsbehandlung ihrer Bevölkerungen einzukaufen. Aber nicht nur das große Hauen und Stechen um die vorderen Plätze in der Warteschlange vor den Herren des künftigen Impfstoffs hat schon begonnen. Zeitgleich ist auch schon die große Propagandamaschine angelaufen, die

den weltgesundheitslichen Skandal verschleiern soll, bevor er überhaupt manifest wird. So versichert Han Steutel, Präsident des Verbandes forschender Arzneimittelhersteller (VfA): »Wir glauben, dass die Pharmaunternehmen dem Coronavirus innerhalb des bestehenden Patentsystems effektiv zu Leibe rücken und dabei sehr vielen Menschen auf der ganzen Welt helfen können.« Indem der Mann präventiv schon mal die Unhintergebarkeit des Patentrechts zu zementieren versucht, verrät er den Knackpunkt.

## 5.

Die Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen und Arzneimitteln hatte sich schon ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert immer mehr zu einer Domäne des privaten Kapitals entwickelt.<sup>21</sup> Die Krankenhausversorgung dagegen wurde zumindest in Europa lange Zeit entweder von den Kommunen getragen oder von Non-Profit-Organisationen, hierzulande häufig mit kirchlichem Hintergrund. Erst in den letzten Jahrzehnten hat sich das verändert. Mit der neoliberalen Revolution und dem Übergang zu einem von der Finanzmarktdynamik getragenen Kapitalismus wurde auch dieser Sektor zu einer Spielwiese des anlagesuchenden Kapitals. Die privaten Klinikkonzerne orientieren sich selbstverständlich nicht am Ziel, eine möglichst gute, der Bedürfnislage der Bevölkerung entsprechende Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Sie konzentrieren sich, den Geboten der betriebswirtschaftlichen Logik entsprechend, auf die lukrativen Bereiche der Krankenversorgung und versuchen, wie jedes andere Unternehmen, einen möglichst hohen Auslastungsgrad >ihres Kapitals< zu erreichen. Als im März 2020 nicht absehbar war, wie schnell sich das Virus ausbreiten würde, empfahl die Bundesregierung allen Krankenhäusern dringend, für den Fall einer Ausweitung der Coronakrise Beatmungsplätze freizuhalten. Aufschiebbare Operationen sollten dafür hintangestellt werden. Eine solche Freiräumung von Kapazitäten für den Notfall kollidiert mit dem Geschäftsmodell privater Kliniken. Vor allem ein Fall schlug damals hohe Wellen.

---

21 Das hängt u.a. mit den immer höheren Vorkosten zusammen. Die Pioniere der Impfstoff- und Arzneimittelforschung im 19. Jahrhundert waren meist noch Einzelkämpfer. Man denke etwa an Robert Koch, der seine bahnbrechende Untersuchungen des Milzbranderreger noch als Freizeitforscher betrieb. Hauptberuflich war er damals noch als Amtsarzt in der tiefen preußischen Provinz tätig. Erst später, 1880 an das Kaiserliche Gesundheitsamt berufen, machte er eine akademische Karriere.

Mitarbeiter\*innen der auf Gelenkersatz spezialisierten Hamburger Helios ENDO-Klinik machten den Skandal öffentlich, dass die Klinikleitung die Aufforderung konsequent ignorierte und keinen der 26 Beatmungsplätze für mögliche Corona-Patienten freihielt, sondern Business as usual betrieb.

Auch wenn der öffentliche Aufschrei angesichts dieser Praxis verständlicherweise groß war, viel fataler als diese Zurückhaltung beim Freiräumen *vorhandener* Kapazitäten für den Seuchenfall ist der Grundsatzkonflikt zwischen dem betriebswirtschaftlichen Ziel einer optimalen Bettenauslastung und der Notwendigkeit, Ressourcen für einen Notfall wie die Pandemie zu bevorraten und vor allem auf geschultes Personal zurückgreifen zu können. Dummerweise beschränkt sich dieses Problem der Ökonomisierung aber nicht auf den privaten Sektor des Krankenhauswesens. Gerade auch die öffentlichen Kliniken stehen seit Jahren unter einem enormen Spardruck. Schon vor Corona wurde hierzulande unter dem Stichwort ›Pflegerotstand‹ vor allem die Personalseite dieses ›Verschlankungsprozesses‹ kritisiert. Schon im ›Normalbetrieb‹ tun sich chronisch unterbesetzte Kliniken mit Zusatzanforderungen schwer. Ökonomisierung bedeutet immer auch Reduktion der Reservekapazitäten, und damit verschwindet genau das, worauf es beim Ausbruch einer Pandemie ankommt. Die späte Reaktion der Behörden auf die hochschnellenden Fallzahlen war sicher auch für den Kollaps des italienischen Gesundheitswesens in der ersten Corona-Welle mitverantwortlich. Der Hauptgrund für den katastrophalen Verlauf dürfte aber der erbärmliche Zustand gewesen sein, in dem sich das dortige Gesundheitswesen befand. Nach dem Krisenschub von 2008 waren die öffentlichen Krankenhäuser in dem Land schlicht kaputtgespart worden. Umgekehrt kam das deutsche Gesundheitswesen auch deshalb im internationalen Vergleich relativ gut durch die erste Corona-Welle, weil Deutschland trotz des vieldiskutierten Pfliegerotstands bei der Durchökonomisierung des Gesundheitswesens zu den relativen Nachzügler\*innen gehört und deshalb über mehr Reserven verfügt als viele Nachbarländer.<sup>22</sup>

Zur Ökonomisierung der Gesellschaft gehört auch die euphemistisch als ›Verschlankung des Staates‹ gehandelte Ausdünnung der für die Da-

---

22 Als ein Indikator kann die Zahl der Krankenhausbetten dienen. Zwar wurde in Deutschland seit den 1990er-Jahren der Bestand um ein Viertel reduziert, trotzdem liegt das Versorgungsniveau, gemessen an anderen Ländern, noch recht hoch. In Deutschland kommen auf 1.000 Einwohner 8,3 Krankenhausbetten, in Italien sind es nur 3,4 und in den USA 2,9.



seinsvorsorge zuständigen Institutionen. Das betrifft unter anderen den Gesundheitssektor und machte sich auch hierzulande in der Corona-Krise schmerzhaft bemerkbar. In der ersten Phase erwiesen sich in Deutschland insbesondere die Gesundheitsämter als eine der Hauptschwachstellen bei der effektiven Eindämmung der Pandemie. Um diese zu unterbrechen, ist bekanntlich eine zeitnahe Rückverfolgung der Infektionsketten unabdingbar. Die zuständigen kommunalen Behörden waren für diese Schlüsselaufgabe nicht nur technisch, sondern vor allem auch personell schlecht gerüstet. Viele Getestete mussten teilweise wochenlang auf die Ergebnisse warten, und viele Menschen, die sich eventuell angesteckt hatten, haben das nie erfahren.<sup>23</sup>

Als in einigen Nachbarländern die Fallzahlen hochschnellten, blieb angesichts solcher Fehlleistungen und der verspäteten Reaktion auf die Bedrohung Bund und Ländern nichts anderes übrig, als die Notbremse zu ziehen. Im März 2020 wurden drastische Ausgangsbeschränkungen erlassen. Anders als durch die vom Robert-Koch-Institut empfohlenen massiven, tief in den Alltag von 80 Millionen Menschen eingreifenden Restriktionen war im März 2020 die heillose Überlastung des Gesundheitswesens und ein großes Sterben nicht mehr zu verhindern. Der mangelhaften Seuchenprophylaxe wegen mussten die vielen Einzelnen die Last der Krisenbewältigung übernehmen.

Im internationalen Vergleich stand Deutschland im Frühjahr dieses Jahres noch gut da und wurde im Ausland über den grünen Klee für die Qualität seines Krisenmanagements gelobt.<sup>24</sup> Andere Staaten mussten zu noch rigideren Eingriffen ins Alltagsleben greifen und hatten dennoch deutlich mehr Corona-Opfer zu beklagen. Die Spitzennoten sind aber nicht das Ergebnis einer großartigen Leistung, sondern dokumentieren nur, wie katastrophal das Vorfeldversagen weltweit war. Dementsprechend ist es auch nicht gerade schwer, das deutsche »Erfolgsgeheimnis« zu lüften: Deutschland wurde vom allgemeinen Privatisierungssirrsinn relativ spät erfasst und gehört auch, was die Ökonomisierung des Gesundheitswesens

---

23 Vor allem die über Jahre entstandene personelle Unterbesetzung lässt sich kurzfristig nicht so ohne Weiteres beseitigen. Dementsprechend blieben die zeitlichen Verzögerungen bei der Benachrichtigung Infizierter ein neuralgischer Punkt.

24 Die Londoner Analyseagentur Deep Knowledge Group hat Mitte April weltweit die Staaten nach ihren Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz vor dem Virus bewertet. Deutschland rangiert nach Israel und vor Südkorea auf Platz 2 des Rankings. (<https://www.dkv.global/safety-ranking>)

angeht, zu den Nachzüglern. Diese relative ›Rückständigkeit‹ gereichte der hiesigen Bevölkerung im Vergleich zu anderen ›fortschrittlicheren‹ kapitalistischen Ländern angesichts der Pandemie selbstverständlich zum Vorteil.

## 6.

Im warenproduzierenden Weltsystem geht es immer nur um die Anhäufung von abstraktem Reichtum, nicht um die Herstellung der zur Befriedigung der vielfältigen menschlichen Bedürfnisse benötigten Güter. Der abstrakte Reichtum, der sich in Geld darstellt und misst, bildet den eigentlichen Inhalt und das eigentliche Ziel allen Wirtschaftens; die Produktion von Gebrauchsgütern dient demgegenüber nur als Mittel zu Erreichung dieses Zwecks. Diese grundlegende gesellschaftliche Verkehierung verleiht dem Dasein aller Gesellschaftsmitglieder eine bestimmte einheitliche Grundstruktur. Auch wer nur seine sinnlichen Bedürfnisse befriedigen möchte, muss zunächst einmal einen Weg finden, am abstrakten Reichtum zu partizipieren, also die eigene Geldversorgung sicherzustellen. Geld kann man zwar nicht essen, und es taugt auch nicht zur Befriedigung irgendeines anderen sinnlichen Bedürfnisses, aber nur Geld verschafft Zugang zu den benötigten Dingen, mögen die Regale noch so überquellen.

Dass man erst einmal Geld verdienen muss, bevor alles andere kommt, gilt in dieser Gesellschaft daher als ähnlich selbstverständlich wie, dass Menschen atmen müssen, um zu leben. Diese Verrücktheit hat auch in unserer Sprache tiefe Spuren hinterlassen, wie die Doppelbedeutung des Wortes Existenz dokumentiert. Dieses vom lateinischen Verb *existere* (= entstehen, auftreten) abgeleitete Substantiv bezeichnet im Deutschen nämlich nicht nur, seiner Etymologie entsprechend, bloßes »Existieren, Vorhandensein, Bestehen«, es hat auch noch die Zweitbedeutung, »berufliche Stellung als (besonders materielle) Lebensgrundlage«<sup>25</sup>. Wer sich also eine Existenz aufbaut, schafft sich eine tragfähige beruflich-ökonomische Position. Bekanntlich bedeutet Leben weit mehr als die bloße physische Existenz. Allerdings bleibt seine physische Existenz immer die Voraussetzung dafür, dass ein Mensch sein Leben weiterführen kann. In einer freien Gesellschaft würden Menschen ihre Teilnahme an der Produktion und

---

25 <https://www.duden.de/rechtschreibung/Existenz>

Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums als einen integralen Bestandteil ihres Lebens erfahren, als soziale Lebensäußerung. Für sie wäre es deshalb absurd, diesen Teil ihres Lebens in Analogie zur physischen Existenz ihre *ökonomische Existenz* zu nennen. In einer Gesellschaft, in der der Zugang zu Geld Vorbedingung sämtlicher Lebensäußerungen ist, entbehrt dagegen diese Doppelverwendung nicht einer gewissen Plausibilität. Wer physisch nicht mehr existiert, ist biologisch tot; der Verlust der ökonomischen Existenz ist mit dem sozialen Tod identisch.

Es gibt sehr unterschiedliche Wege, auf denen die Einzelnen zu einer ökonomischen Existenz gelangen können. Eine Start-up-Unternehmerin, die bezeichnenderweise auch als Existenzgründerin firmiert, verfügt möglicherweise vor allem deshalb über ausreichend Geld, weil eine Bank ihre Geschäftsidee für kreditwürdig hält. Ein anderer hat geerbt und ist auf diesem Weg zu einer Existenzgrundlage gekommen. Immerhin vier Millionen Menschen sind hierzulande zur Sicherung ihrer Existenz auf ALG2 angewiesen; die wichtigste und verbreitetste Form der Existenzsicherung besteht aber im Verkauf der eigenen Arbeitskraft. So unterschiedlich die Wege sind, auf denen die verschiedenen sozialen Gruppen zu ihrer jeweiligen ökonomischen Existenz gelangen, so unterschiedlich sind die Lebenswirklichkeiten; aber allen ist die Abhängigkeit von der >schönen Maschine< gemeinsam, für alle gilt der Primat der ökonomischen Existenz über das Leben.

Biologisch betrachtet, handelt es sich bei Sars-Co-V-2 um ein winziges, nur im Mikroskop sichtbares Virus. Fasst man dagegen die gesellschaftlichen Folgen seines Auftretens in den Blick, wirkt der Erreger selber wie ein optisches Vergrößerungsgerät. Die Pandemie, die er ausgelöst hat, bringt die inneren Widersprüche und Verrücktheiten der herrschenden Ordnung in einer Deutlichkeit ans Licht wie selten zuvor. Das beginnt damit, dass er die vermeintliche Harmonie zwischen *Existenz* und *Leben* mit einem Schlag für jeden unübersehbar über den Haufen wirft. Angesichts von Corona haben sich viele Erwerbszweige mit der Fortsetzung ihres gewohnten Betriebs in Ansteckungsfabriken verwandelt. Im Februar 2020 war die Arbeit in Gastronomie und Luftverkehr noch eine legitime Form der Existenzsicherung für zahlreiche Beschäftigte gewesen. Ein paar Wochen später wurde sie zur akuten Gefahr für Leib und Leben. Ob Wirtin oder Kellner, die Berufsausübung kollidierte unmittelbar mit dem Schutz des Lebens im biologisch-medizinischen Sinn. Ein Virus stellt die Gesellschaft vor die Wahl, was wichtiger ist: die Vermeidung zahlreicher Todesfälle oder

das für diese Gesellschaft grundlegende Prinzip des Primats der Existenz über das Leben?

In vielen Ländern der Dritten Welt, in denen der Staat schon zerfallen ist oder wo dieser praktisch kein Sozialsystem bereitstellt, ergibt sich die Antwort auf diese Frage für einen großen Teil der Bevölkerung aus der normativen Kraft des Faktischen. Dort bleibt Abermillionen Menschen, die von der Hand in den Mund leben und auf keine ernsthafte staatliche Hilfe rechnen können, gar nichts anderes übrig, als der Existenzsicherung den Vorzug zu geben und die Gefahr einer Corona-Infektion in Kauf zu nehmen. Ihre Daseinsumstände lassen die Einhaltung der Regeln eines Social Distancing gar nicht oder nur ausgesprochen kurzfristig zu. Die Gesellschaft zerfällt in soziale Gruppen: solche, die es sich leisten können, sich vor Corona in Sicherheit zu bringen, und solche, die sich diesen ›Luxus‹ nicht leisten können. In Europa sieht das etwas anders aus. Angesichts der Bedrohung durch Sars-CoV-2 versuchen dort die Regierungen den Schutz des Lebens und den heiligen Primat der Existenzsicherung unter einen Hut zu kriegen. Allerdings verstrickt sich die Politik dabei in heillose Widersprüche. Diese Widersprüche verweisen zum einen darauf, wie überfällig der Abschied von der herrschenden Existenzweise als isoliertem Waren- und Konkurrenzsubjekt ist, zum anderen hebt der Versuch, die Corona-Pandemie im Rahmen des Systems des abstrakten Reichtums zu bewältigen, die Krise der Politik auf eine neue Stufe. Auf beides wird später etwas genauer einzugehen sein.

## 7.

Nicht nur im Vorfeld der Pandemie, also bei der Seuchenprophylaxe, haben Staat und Politik einen fatalen Kurs verfolgt. Auch an deren Anfang standen politische Fehlleistungen. Die folgenschwerste fand zunächst einmal im Ursprungsland der neuen Seuche statt. Obwohl die Machthaber durch die Sars Epidemie von 2002/2003 eigentlich hätten vorgewarnt sein müssen – schon damals war der Übergang des Virus vom Tier zum Menschen in China erfolgt –, reagierte das Regime auf die Herausforderung durch Sars-CoV-2 erst einmal über Wochen und Monate hinweg mit Leugnung und Vertuschung. Nicht, dass es in der chinesischen Gesellschaft an warnenden Stimmen gefehlt hätte – man denke nur an den tragischerweise später selber an Corona verstorbenen Arzt Li Wenliang, der frühzeitig auf die Gefahr einer Pandemie hingewiesen hatte. Statt auf die alarmierten Mediziner\*innen

zu hören, hat der Staatsapparat diese drangsaliert und mundtot gemacht. Die Bevölkerung Chinas im Besonderen und die Menschheit im Allgemeinen zahlten einen hohen Preis für diese, für kleptokratisch-autoritäre Regime typische, Praxis. Erst die anfängliche Vogel-Strauß-Politik sorgte für die Ausweitung einer lokal begrenzten und eindämmbaren Infektion zu einer Pandemie. Aber auch in der übrigen Welt haben die Regierungen die Dinge viel zu lange treiben lassen und damit wertvolle Zeit verschenkt.<sup>26</sup>

Dennoch scharten sich die Bevölkerungen in den meisten westlichen Ländern erst einmal um ihre Regierungen, als die endlich aktiv wurden und mit dem Shutdown die Notbremse zogen. Im besonders schwer von Corona gebeutelten Italien konnte sich Ministerpräsident Giuseppe Conte sogar einer beispiellosen Popularitätswelle erfreuen. Im März zeigten sich 71 Prozent der italienischen Bevölkerung mit seiner Arbeit zufrieden und damit 26 Prozent mehr als vor Corona.<sup>27</sup> Selbst in Frankreich sah sich die amtierende Regierung zunächst einmal im Aufwind. »Mit einem Zufriedenheitswert von 46 Prozent, ein Plus von 13 Prozent binnen zwei Monaten, schwang sich Macron«, einer vom Magazin *Paris Match* im April präsentierten Umfrage zufolge, »zu schon vergessenen geglaubten Höhen auf.«<sup>28</sup> Und auch auf der anderen Rheinseite bot sich das gleiche Bild. Die ungeliebte Große Koalition kam auf Zustimmungswerte wie nie zuvor seit den letzten Wahlen. Im Süden der Republik demonstrierte Markus Söder, wie weit ein Politiker kommen kann, wenn er sich konsequent als Krisenmanager inszeniert. Bayerns Ministerpräsident preschte bei der Einführung von Kontaktbeschränkungen vor und gestaltete diese in »seinem« Bundesland noch etwas rigider als im Rest der Republik, und in der Folge schossen seine Zustimmungswerte beim Wahlvolk durch die Decke und erreichten 90 Prozent.<sup>29</sup>

---

26 Besonders unrühmlich war das Vorgehen der Behörden in Tirol, die als verlängerter Arm der dortigen Tourismusindustrie agierten. Nur um die laufende Skisaison noch erfolgreich abzuschließen, ließen sie es sehenden Auges zu, dass sich Wintersportorte wie Ischgl in Hotspots verwandelten und sich der Virus mit den heimkehrenden Urlaubern über Europa verteilte.

27 <https://de.statista.com/infografik/21445/entwicklung-der-zustimmungswerte-von-staats-und-regierungsoberhauptern/>

28 <https://www.n-tv.de/politik/Macron-profiliert-sich-als-Kriegsherr-article21691459.html>

29 <https://www.br.de/nachrichten/bayern/br-bayerntrend-kein-strohfeuer,50E2C7h>

Es hat natürlich etwas Paradoxes, wenn ein globales Staats- und Politikversagen dazu führt, dass sich eine regierungsloyale Stimmung breitmacht und es zu einer ›Wiederentdeckung‹ des Staates kommt. Trotzdem entbehrt diese Wendung nicht ihrer Logik. In einer in isolierte Warensubjekte aufgelösten Gesellschaft stellt der Staat die einzige Instanz dar, die so etwas wie Daseinsvorsorge organisieren kann. Das gilt natürlich auch und gerade für deren elementarsten Aspekt, den Schutz von Leib und Leben. Dieser gehört zu den Kernkompetenzen moderner Staatlichkeit, und selbst Ultraliberale kommen nicht so schnell auf die Idee, das infrage zu stellen. Dementsprechend verwandelte sich selbst ein Christian Lindner im März ad hoc in eine Art Kurzzeit-Etatisten. Anlässlich des Shutdown ließ er in einem Interview verlauten: »Jetzt ist die Stunde des Staates. Er kommt seiner ureigensten Aufgabe nach: Ordnungsmacht zu sein, die das regelt, was die individuelle Möglichkeit zur Übernahme von Verantwortung übersteigt.«<sup>30</sup>

Aus der Perspektive des sinnlich-stofflichen Reichtums existiert das, was Lindner als den Normalfall unterstellt, nur als seltene Ausnahme. In einer hochgradig vergesellschafteten und funktionsteiligen Gesellschaft ist der Punkt, an dem die individuellen Möglichkeiten enden, äußerst schnell erreicht. Natürlich sind die allermeisten Menschen in der Lage, ihre Zähne zweimal täglich in ›individueller Verantwortung‹ gründlich zu putzen, dazu ist freilich der Zugang zu Zahnpasta, Zahnbürste und fließend Wasser unabdingbar. Alle drei Voraussetzungen sind bereits das Resultat hochkomplexer, außerhalb des Zugriffs jedes Einzelnen und seiner ›individuellen Verantwortung‹ entzogener Produktions- und Distributionsprozesse. Was Lindner »individuelle Möglichkeit« zur Übernahme von Verantwortung nennt, ist nur ein anderer Ausdruck für die armseligen Entscheidungsspielräume, die den Menschen verbleiben, solange sie als vereinzelte Einzelne interagieren. Wenn man das mitdenkt, plaudert Lindner mit seinem Notstands-Etatismus ein systemisches Grundproblem der Warengesellschaft aus. Der Primat der privaten Existenzsicherung, der im liberalen Jargon als ›Eigenverantwortung‹ firmiert, hindert die Menschen jenseits ihrer jeweiligen besonderen Privatinteressen daran, zu einem koordinierten gemeinsamen Handeln zusammenzufinden. Selbst angesichts

---

30 <https://www.liberales.de/content/lindner-interview-herr-lindner-wie-lange-haelt-ein-land-den-stillstand-aus-wir-reden-ueber>

einer Pandemie ist die Gesellschaft gar nicht in der Lage, die zur Abwehr einer solchen Bedrohung nötigen menschlichen und stofflichen Ressourcen selbsttätig zu mobilisieren und zu koordinieren. Entweder springt der Staat ein und organisiert mit seinen Mitteln die zur Rettung von Menschenleben notwendige gesellschaftliche Kooperation, oder die Gesellschaft ist der Pandemie hilflos ausgeliefert. Solange sich die Menschen fraglos im Rahmen der warengesellschaftlichen Ordnung bewegen, bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als angesichts des Virus nach dem Staat zu rufen und ihr Schicksal der einzigen Instanz anzuvertrauen, die den mörderischen Konsequenzen der Marktlogik Einhalt gebieten kann.

## 8.

Solange man ausschließlich diesen Zusammenhang im Auge hat, erscheint die neue Staatsorientierung lediglich als systemkompatibler Ausdruck für den Wunsch nach einem effektiven Schutz von Menschenleben. Das Streben nach der Vermeidung von Menschenopfern ist selbstverständlich in jeder Hinsicht legitim und von einem emanzipativen Standpunkt aus ein gesellschaftliches Ziel höchster Priorität. Es ist fernerhin ein Hoffnungsschimmer, dass in unserer von Konkurrenzdenken und Egomane geprägten Gesellschaft die Mehrheit der Bevölkerung immer noch bereit ist, für die Rettung der Leben anderer Menschen Abstriche bei den eigenen Interessen und Bedürfnissen zu machen. Offenbar hat die gesellschaftliche Verrohung noch Grenzen. Das ist freilich nicht die einzige Lehre, die sich aus der neuen Staatsgläubigkeit ziehen lässt.

Diese speist sich nämlich noch aus einer zweiten, weit weniger klaren Quelle. Vor allem in der Anfangsphase der Pandemie stand der Staat nicht nur hoch im Kurs, weil der Wunsch nach einer effektiven Bekämpfung der Corona-Pandemie virulent war und unter den gegebenen warengesellschaftlichen Bedingungen die dazu notwendigen weitreichenden Eingriffe nun einmal nur dieser durchsetzen kann; die Staatsfixierung dient(e) gleichzeitig der phantasmagorischen Bannung der Corona-Gefahr. Die Identifikation mit einer entschloss- und durchsetzungsfreudigen Regierungsmacht betäubt das Gefühl, der Pandemie wehrlos ausgeliefert zu sein. Indem sich die isolierten Konkurrenzsubjekte um ihre politische Führung scharen und ihr akklamieren, vereinigen sie sich zu einer Scheinsicherheit spendenden imaginären nationalen Notgemeinschaft.

Autoritäre Regime setzen ganz bewusst auf diese Karte und nutzen die Corona-Furcht gnadenlos zur Stabilisierung ihrer Herrschaft. In China etwa dient die Eindämmung des Virus ganz offensichtlich als Vorwand, um den energischen Ausbau des Überwachungsstaates zu legitimieren. Aber auch im Westen ist dieser autoritäre Impuls präsent und wird von den Regierungen benutzt. Das lässt sich unter anderem daran ablesen, welcher großen Beliebtheit sich im Zusammenhang mit Corona militärische Metaphorik erfreut. Als der französische Präsident im März Ausgangsrestriktionen verhängte, erklärte er seiner Nation: »Nous sommes en guerre« (Wir sind im Krieg). Tags zuvor hatte sich schon UN-Generalsekretär Guterres mit demselben Fiebertraum gleich an die gesamte Menschheit gewandt und proklamiert: »Sars-CoV-2 ist unser gemeinsamer Feind. Wir müssen diesem Virus den Krieg erklären.«<sup>31</sup> Wer das reale Verhältnis Mensch-Virus vor Augen hat, kann nur konstatieren, dass man mit einer Analogie kaum weiter daneben liegen kann, und das nicht nur, weil der Erreger keine für die Überbringung einer Kriegserklärung geeignete diplomatische Vertretungen unterhält; auch was Inhalt und Ziel angeht, bedeutet der Kampf gegen Corona nun einmal das genaue Gegenteil eines Krieges. Im modernen industriellen Krieg wird die ›schöne Maschine‹ auf die Kriegsproduktion ausgerichtet und hochgefahren. Um die Pandemie zu stoppen, wurden Teile der Wirtschaft dagegen heruntergefahren. In den modernen Kriegen riss der Staat massenhaft Menschen aus ihrem zivilen Alltag heraus, um sie an oft weit von ihrem Wohn- und Arbeitsort entfernten Fronten zum Töten einzusetzen. Angesichts von Corona geht es um Verhaltensänderungen im (zivilen) Alltagsleben. Um durch die Unterbrechung von Infektionsketten Leben zu schützen, werden Menschen nach Hause geschickt. Wenn trotz dieser offensichtlichen Gegensätzlichkeit die Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus derart gern<sup>32</sup> als eine Art von Krieg verkauft werden, dann geht es einzig und allein um die mit der Kriegsrhetorik untrennbar verbundene identitätspolitische Botschaft. Wer von einem Krieg gegen das Virus fabuliert, fordert Burgfrieden und Opferbereitschaft ein. Wie im

31 *Süddeutsche Zeitung*, 15.3.2020

32 In Deutschland spielt die Kriegsmetaphorik im Zusammenhang mit Covid-19 kaum eine Rolle. Schuld daran sind vermutlich die äußerst schlechten Erfahrungen, die die Deutschen im 20. Jahrhundert mit Kriegen und Kriegserklärungen gemacht haben. Diese haben sich ins kollektive Gedächtnis eingegraben und darauf nimmt die hiesige Politik Rücksicht.



Krieg, so der Appell, soll die Gesellschaft auf ihr ziviles Eigenleben verzichten, sich stattdessen in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der Regierung üben und sich nach außen abgrenzen.

Was Europa angeht, ließ sich vor allem bei *einer* staatlichen Maßnahme die primär identitätspolitische Motivation mit Händen greifen, nämlich bei den pauschalen Grenzsicherungen im Frühjahr 2020. Offiziell wurden die diversen Einreisebeschränkungen zwar stets seuchenhygienisch gerechtfertigt, diese Begründung war aber häufig mehr vorgeschoben als stichhaltig. Es war von Anfang an klar, dass heruntergelassene Schlagbäume der Virusverbreitung teilweise sogar eher förderlich waren, statt sie zu bremsen. Das gilt etwa für die Schließung der deutsch-polnischen Grenze. Obwohl in beiden Ländern das Infektionsgeschehen einen ähnlichen Verlauf nahm, machte die polnische Regierung die Grenze dicht, nahm endlose Lkw-Staus in Kauf und setzte damit die Fahrer miesen hygienischen Bedingungen aus.<sup>33</sup> In Europa schoss die britische Regierung den Vogel in Sachen aberwitziger Grenzsicherungen ab. Anfang Juni verkündete Premierminister Johnson – zum Entsetzen der arg gebeutelten Tourismusindustrie des Landes – eine Quarantänepflicht für einreisende EU-Bürger\*innen. Zu dieser Zeit hatte Großbritannien in Europa, wie schon viele Wochen zuvor, nach Russland mit Abstand die meisten Neuinfektionen zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund war die seuchenhygienische Argumentation, mit der Premier Johnson diesen Schritt rechtfertigte, geradezu lächerlich. Der einzige Zweck der Übung bestand darin, Covid-19 als eine vom Kontinent kommende Bedrohung zu behandeln. Aber auch andernorts war das entscheidende Motiv für die Grenzsicherungen die hohe symbolische Bedeutung, die diesem Akt bei der Formierung der nationalen Corona-Notgemeinschaften zukam. Dementsprechend hat kaum ein anderer Vorgang während der Corona-Krise das europäische Projekt derart nachhaltig beschädigt wie die Aussetzung der Freizügigkeit im Schengenraum. Sie hat den europäischen Zusammenhang als eine Schönwettergemeinschaft entlarvt, die sich angesichts wirklicher Bedrohung sofort in ihre nationalen Bestandteile zerlegt.

---

33 Natürlich gibt es Situationen in einer Pandemie, in denen Reisebeschränkungen sinnvoll sind. Dabei muss es aber darum gehen, die pandemischen Hotspots abzuriegeln, und deren Grenzen decken sich in der Regel nicht mit den Staatsgrenzen.

## 9.

Wir leben in doppelter Hinsicht in einer Weltgesellschaft. Zum einen handelt es sich beim System des kapitalistischen Reichtums, das unser aller Leben strukturiert, längst um ein globales System. Ob es um die Anlage von Geldkapital, den Arbeitskraftverkauf, den Einkauf von Konsumgütern oder die Erwirtschaftung von Profiten geht – immer bildet letztlich der *eine* Weltmarkt den Bezugsrahmen, innerhalb dessen die konkurrierenden Wirtschaftsakteure ihre jeweiligen Geldinteressen verfolgen. Zum anderen verwandelt ein immer enger vernetztes, gleichzeitig aber auf den armseligen Zweck der Erzielung privatwirtschaftlicher Profite ausgelegtes Wirtschaftssystem die gesamte Menschheit in eine unfreiwillige Haftungsgemeinschaft. Die Folgekosten der Produktion abstrakten Reichtums werden externalisiert und damit sozialisiert.<sup>34</sup> Die Menschheitsfragen unserer Tage lassen sich allesamt als Resultate dieser negativen Weltgesellschaftlichkeit fassen.

Die neuen Menschheitsfragen erfordern ex definitione eine weltgesellschaftliche Lösung, also eine an den stofflichen Notwendigkeiten und menschlichen Bedürfnissen statt an den Imperativen abstrakter Reichtumsproduktion orientierte transnationale Kooperation. Der Bauplan einer globalisierten Warengesellschaft sieht so etwas aber nicht vor. Die einzige Instanz, die überhaupt in der Lage ist, gegenüber den zentrifugalen Marktkräften so etwas wie einen Allgemeinheitsstandpunkt geltend zu machen, ist der moderne Staat. Aber zum einen setzt dieser die Auflösung der Gesellschaft in konkurrierende Warensysteme immer schon voraus und überbrückt den Gegensatz der Privatinteressen nur provisorisch; zum anderen leistet er auch das stets nur für einen bestimmten Ausschnitt der Erdoberfläche. In ihren Sonntagsreden mögen Staatenlenker\*innen ganz gerne einen Menschheitsstandpunkt bemühen; im Regierungsalltag sind sie aber nun einmal vor allem anderen dem jeweiligen besonderen Standortinteresse und ihrem Wahlvolk verpflichtet.

Um die neuen Menschheitsfragen letztlich zu lösen, muss die Weltgesellschaft die Konsequenzen aus der Doppellektion ziehen, die der Krisenprozess erteilt. Sie muss Markt und politisch-staatliche Regulation gleichermaßen als historische Auslaufmodelle begreifen und lernen, für sich selber zu sprechen, statt die >Staatengemeinschaft< für sich sprechen

---

<sup>34</sup> Zum Problem der Externalisierung vgl. den Beitrag *Verdrängte Kosten* von Norbert Trenkle in diesem Band.

zu lassen. Die Menschheit hat die Wahl: Sie kann entweder die Bewältigung der Misere weiterhin an die internationale Politik delegieren – dann stehen wir am Beginn eines ›dunklen Zeitalters‹; oder sie ringt sich durch, angesichts des Systembankrotts ein gemeinsames Projekt der globalen Neugesellschaftung jenseits von Ware, Geld und Staatlichkeit zu entwickeln.

Der meistdiskutierte Aspekt negativer Weltgesellschaftlichkeit war der ›Klimawandel‹. Schon der Umgang der internationalen Politik mit den im Weltmaßstab immer weiter steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen spricht eine deutliche Sprache: So wenig wie ein Tanker bei einem olympischen Kajak-Slalomwettbewerb eine gute Figur macht, so wenig sind die Regierungen in der Lage, zu einer dem Problem angemessenen gemeinsamen ›Klimaschutz‹-Praxis<sup>35</sup> zu finden. Dass die Politik angesichts der Corona-Pandemie reflexhaft in nationale Krähwinkelei verfallen ist, hat uns ein weiteres Mal mit der Nase darauf gestoßen, wie es um die transnationale Kooperationsfähigkeit bei der Lösung der großen Menschheitsfragen bestellt ist.

## 10.

Das ist aber keineswegs die einzige Lehre, die sich aus der Corona-Pandemie ziehen lässt. Auch wenn man die Binnenverhältnisse innerhalb der verschiedenen westlichen Länder betrachtet und miteinander vergleicht, ergibt sich ein aufschlussreicher Befund. Der wirklich entscheidende Faktor für eine erfolgreiche Eindämmung des Virus ist keineswegs ein möglichst ›starker Staat‹, sondern eine möglichst starke Zivilgesellschaft. Je schwächer in einem Land dieses Gegengewicht zu den ökonomischen Imperativen ausgebildet ist, je mehr der öffentliche Diskurs von den identitätspolitischen Spielchen ›starker Männer‹ dominiert wird, desto überfüllter die Intensivstationen, desto voller die Leichenhallen. Wo die Zivilgesellschaft mehr Gewicht hat und von den Regierungen den Raum bekommt, ihre Kräfte und ihren Sachverstand einzubringen, fallen die Infektions- und Sterbeziffern dagegen deutlich niedriger aus.

Dass angesichts einer Pandemie nicht der allwissende und allmächtige Staat, sondern eine starke Zivilgesellschaft vonnöten ist, liegt an der Natur des ›Gegners‹. Viren sind ein biologisches Phänomen und damit als Teil

---

35 Zur Kritik des Begriffs ›Klimaschutz‹ vgl. den Beitrag *Die Sache mit dem Klima* von Karl-Heinz Simon in diesem Band.

der sinnlich-stofflichen Wirklichkeit gegen Paragraphen, monetäre Anreize sowie die Ausübung von Polizeigewalt völlig resistent. Genau das sind aber die Instrumente, mit denen der Staat hantiert. Die Bekämpfung der Covid-19 Pandemie muss aber in der sinnlich-stofflichen Wirklichkeit erfolgen. Sie erfordert die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen, eine gute Versorgung mit Krankenhausbetten und Beatmungsgeräten und vor allem qualifiziertes und motiviertes Pflegepersonal. Keine dieser menschlichen und stofflichen Ressourcen befindet sich im direkten Zugriff irgendeiner Regierung oder eines Parlaments oder wird von den Organen der repräsentativen Demokratie in Eigenregie geschaffen. Nicht einmal die der Bevölkerung zwangsverordneten Alltagsmasken werden in Amtsstuben gefertigt. Einen Teil der notwendigen Ressourcen kaufen die staatlichen Instanzen auf dem Markt bei Privatunternehmen ein, ansonsten übernehmen das öffentliche Gesundheitswesen und öffentliche Forschungseinrichtungen die praktische Pandemie-Bekämpfung, Institutionen, die der Zivilgesellschaft nahe stehen oder sogar als Teil davon zu betrachten sind. Fernerhin muss die Bevölkerung angesichts der Pandemie ihr Alltagsverhalten verändern. Der Staat kann zwar *Social Distancing* anordnen, dieses allein mit Polizei und Justiz durchzusetzen, wäre allerdings ein aussichtsloses Unterfangen. Das Gros der Bevölkerung muss schon die Notwendigkeit der ergriffenen Maßnahmen akzeptieren und sie Tag für Tag mehr oder minder freiwillig neu umsetzen. Die durch die Kita-Schließungen gerissene Betreuungslücke hat nicht der Staat geschlossen. Das blieb den Eltern, namentlich den Müttern überlassen. Patient\*innen, bei denen die Corona-Infektionen einen schweren Verlauf nehmen, landen weder im Bundestag noch in den kommunalen Rathäusern, sondern auf der Intensivstation, was ihre Überlebenschancen deutlich erhöht. Die Pflege übernimmt das Klinikpersonal. Mit anderen Worten: Die Gesellschaft ruft angesichts der Pandemie zwar lauthals nach dem Staat, aber nur damit dieser alles, was die unmittelbar-praktische Bekämpfung des Virus betrifft, stante pede an die Gesellschaft zurückdelegiert.

Einige patientenferne Teile des öffentlichen Gesundheitswesens, etwa die Gesundheitsämter, üben hoheitliche Rechte aus und stellen als Ausführungsorgane der Gebietskörperschaften juristisch einen Teil des Staatsapparates dar. Auch das dem breiteren Publikum vor dem Ausbruch von Corona so gut wie unbekanntes Robert-Koch-Institut (RKI) ist eine dem Gesundheitsministerium unterstellte Behörde und fällt insofern nicht

unter die Rubrik Zivilgesellschaft. Aber auch in diesem Bereich lässt sich eine für unseren Zusammenhang aufschlussreiche Beobachtung machen. Offiziell ist der Staatsapparat streng hierarchisch strukturiert – auch und gerade in den westlichen Demokratien. Die durch Wahlen legitimierten Regierungen haben das Kommando inne, die mit der Daseinsvorsorge in Sachen Gesundheit betrauten Behörden und Verwaltungen arbeiten weisungsgebunden. In allen Ländern, die relativ gut durch die erste Welle der Pandemie kamen, war ein Teil ihres Erfolgsgeheimnisses eine faktische Kompetenzumkehrung im Verhältnis von Regierungen und den für den Gesundheitsschutz zuständigen Fachbehörden.

Die Eindämmung der Pandemie gelang dort deutlich besser, wo die Regierungen sich an die Empfehlungen ihrer Fachleute hielten und gegenüber der eigenen Bevölkerung mit halbwegs offenen Karten spielten. In Deutschland ging die punktuelle Kompetenzinversion zumindest in der Anfangsphase der Pandemie vergleichsweise reibungslos vonstatten. Ein Markus Söder etwa hat sich zwar als entschlossener Krisenmanager in Szene gesetzt, die ganze Entschlossenheit bestand aber darin, die Empfehlungen des RKI etwas schneller umzusetzen als die Kollegen und Kolleginnen in den anderen Bundesländern. In den ersten Wochen des Shutdowns tat sich diese dem Gesundheitsministerium unterstellte Behörde offenbar erst einmal mit der partiellen Kompetenzumkehr schwerer als die Regierungen auf der Bundes- und Länderebene. Ein schwerwiegender, ausschließlich dem Festhalten an der eigentlichen Hierarchie geschuldeter Fehler bei der Krisenverwaltung geht jedenfalls auf das Konto des RKI. Es gehört zu den Usancen staatlicher Apparate, dass die nachgeordneten Behörden zu den Fehlleistungen ihrer Weisungsgeber entweder schweigen oder diese kaschieren. Genau das tat das RKI in der Maskenfrage. Das Gesundheitsministerium hatte es versäumt, für den Fall einer Pandemie ausreichende Vorräte dieses Cent-Artikels anzulegen. Statt das einzuräumen, leistete der Präsident des RKI, Lothar Wieler, Flankenschutz für den amtierenden Gesundheitsminister und stellte sich auf den Standpunkt: Was wir nicht haben, brauchen wir auch nicht. Was das Tragen von Masken im Alltag angeht, behauptete er noch Ende Februar 2020, es gebe »keinerlei Evidenz, dass das in irgendeiner Weise hilfreich ist.«<sup>36</sup> Erst als in aller Eile und

36 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-in-deutschland-das-ueberforderte-robert-koch-institut-a-00000000-0002-0001-0000-000170716180> Die Aussage des RKI deckte sich mit den Verlautbarungen der Weltgesundheitsorganisation

heillos überteuert ausreichend Masken beschafft waren, besann er sich eines besseren. Diese Vorgehensweise hat sowohl die Glaubwürdigkeit des RKI beschädigt als auch Zweifel am Sinn der Maskenpflicht genährt und damit dem Treiben diverser Corona-Leugner Vorschub geleistet.

## 11.

Als Garant von so etwas wie Daseinsvorsorge in der Warengesellschaft kann nur der Staat dafür Sorge tragen, dass dem Gesundheitssektor die zur Bewältigung der Pandemie notwendigen Ressourcen zufließen. Fernerhin kann nur er verbindlich festlegen, welche Restriktionen im Alltagsleben gelten, und Verstöße sanktionieren. Neben diesen lösbaren Aufgaben haben zumindest die westeuropäischen Regierungen ihrer Bevölkerung ein Zusatzversprechen gegeben: Durch staatliche Hilfen soll der Widerspruch zwischen dem Schutz des Lebens und der Herrschaft des abstrakten Reichtums überbrückt werden. Die Mitglieder der Gesellschaft sollen weiterhin als vereinzelte Einzelne ihre privaten Geldinteressen verfolgen und Einkünfte erzielen, auch wenn die Politik zumindest kurzfristig der Pandemiebekämpfung eine höhere Priorität einräumt als dem Wirtschaftswachstum.

In den Märztagen mag das Gros der hiesigen Bevölkerung noch geglaubt haben, dass die Bundesregierung, gestützt auf die privilegierte Stellung des Standorts Deutschland, in der Weltmarktkonkurrenz schon in der Lage sein werde, diese Zusage einzulösen. In Wirklichkeit hat sie sich auf eine *Mission impossible* eingelassen; je weiter wir uns von den Tagen des ersten Shutdowns entfernen, umso schärfer tritt die Unversöhnbarkeit von Lebensschutz und der herrschenden Wirtschafts- und Lebensweise zutage. Der heutige, von der Finanzmarktdynamik abhängige Kapitalismus reagiert auf ein bisschen Wirtschaftsdrosselung extrem empfindlich. Ein paar Wochen pandemiebedingtes Abbremsen der ›schönen Maschine‹ könnten durchaus reichen, um die tiefste ökonomische Krise in der Geschichte des Kapitalismus auszulösen. Aber selbst wenn es gelingen sollte, den Weltwirtschafts-GAU diesmal zu vermeiden, bleibt die Bilanz verheerend.

---

(WHO), die ebenfalls die Schutzwirkung von Masken in Abrede stellten. Das macht die Sache aber um keinen Deut besser. Auch bei der WHO drängt sich an diesem Punkt der Verdacht auf, dass sie bemüht war die Versäumnisse ihrer staatlichen Geldgeber zu kaschieren.

## 12.

Ein Erdbeben richtet in der Regel die größten Verheerungen in den nahe am Epizentrum gelegenen Siedlungen an, und die Hauptschäden entstehen, solange der Boden schwankt. Löst ein Seebeben einen Tsunami aus, dann folgt diese Naturkatastrophe räumlich wie zeitlich einem anderen Zerstörungsmuster. Ihre verheerende Wirkung entfaltet die Flutwelle an den Küstenlinien, und diese können einige tausend Kilometer vom Epizentrum entfernt liegen. Fernerhin liegen zwischen dem auslösenden Beben und der Flutkatastrophe oft etliche Stunden. Wenn man die Wirkungen der Corona-Pandemie auf die kapitalistische Wirtschaft betrachtet, dann hat die Corona-Krise etwas von einem Tsunami 2.0. Nicht nur, dass die ökonomischen Folgen der Pandemie auch dann noch zu spüren sein werden, wenn das medizinische Ausgangsproblem längst überwunden ist; für das Gesamtsystem des abstrakten Reichtums ist nicht so sehr die Entwicklung in den vom Shutdown betroffenen Branchen gefährlich, sondern die Rückkoppelung auf die übrige Wirtschaft; und das mit Abstand größte Krisenpotenzial lauert im Finanzüberbau.

Bleiben wir zunächst beim Epizentrum des Bebens, das den ökonomischen Tsunami in Gang setzt. Was dort geschieht, ist wenig spektakulär. Solange Covid-19 grassiert, muss auf das Virus getestet, müssen schwer Erkrankte intensivmedizinisch behandelt und entsprechende Kapazitäten für Covid 19-Patienten reserviert werden.<sup>37</sup> In einer Warengesellschaft werden diese pandemiebedingten Zusatzaufgaben nur wahrgenommen, wenn ihre Finanzierung gesichert ist. Diese direkten Kosten der Pandemie werden hierzulande im Wesentlichen aus zwei Quellen bestritten: aus den Haushalten des Bundes und der Länder sowie von den gesetzlichen Krankenversicherungen. Diese rechnen für das Jahr 2020 denn auch mit einem deutlichen Anstieg ihrer Ausgaben. Dass die gesetzlichen Krankenkassen nach fetten Jahren, in denen sie erhebliche Reserven angesammelt haben,<sup>38</sup> ins Minus rutschen, liegt aber bezeichnenderweise weniger am coronabedingten Mehrbedarf;<sup>39</sup> vielmehr sind für das Defizit in erster

---

37 Für jedes Bett auf einer Intensivstation, das für Pandemieopfer freigeräumt wurde, erhielten die Krankenhausbetreiber 50.000 €.

38 Nach Schätzungen beliefen sich die Gesamtreserven der gesetzlichen Krankenversicherungen 2019 auf 31 Mrd. €.

39 Zumindest in der Schweiz scheint Corona gar nicht zu einer wesentlichen Veränderung der Ausgangssituation geführt zu haben. *Die Zürcher Hochschule für*

Linie die rückläufigen Einnahmen im Gefolge der wirtschaftlichen Talfahrt verantwortlich. Wenn selbst die Hauptfinanzierer des deutschen Gesundheitswesens wesentlich mehr unter den indirekten als unter den direkten Pandemiekosten leiden, spricht das natürlich Bände.

Bei den direkten Kosten der Pandemie handelt es sich in erster Linie um *Mobilisierungskosten*. Diese entspringen der Notwendigkeit, das Gesundheitssystem mit zusätzlichen Ressourcen auszustatten. Die indirekten Kosten haben einen völlig anderen Charakter. Sie werden durch die *Demobilisierung* einiger Teile der Wirtschaft verursacht. Im Gefolge der Pandemie und ihrer Bekämpfung schrumpft die privatwirtschaftliche Erzeugung abstrakten Reichtums.

Es liegt selbstverständlich keineswegs in der Absicht der Politik, dem privatwirtschaftlichen Akkumulationsprozess Steine in den Weg zu legen, ganz im Gegenteil. Der Staat ist von der ›schönen Maschine‹ abhängig, und Wachstum ist ihm dementsprechend heilig. Die staatlichen Restriktionen zielen eigentlich nur darauf ab, ansteckungsträchtige Alltagspraktiken entweder zu unterbinden oder so zu reglementieren, dass die Infektionsgefahr herabgesetzt ist. Viele dieser zum sozialen Leben gehörenden Aktivitäten, von Restaurant- und Konzertbesuchen über Sportveranstaltungen bis hin zum Reisen sind aber nun einmal untrennbar mit dem Konsum kommerzieller Dienstleistungen verknüpft. Deren Inanspruchnahme lässt sich natürlich weder verbieten noch einschränken, ohne die Anbieter mitzutreffen. Der behördlich angeordnete Shutdown bedeutet für einige Segmente des tertiären Sektors wie die Tourismusindustrie oder die Veranstaltungswirtschaft über Wochen und Monate hinweg totale oder mindestens erhebliche Einnahmeausfälle. Das trifft diese Wirtschaftszweige logischerweise ins Mark. In der Gastronomie etwa zeichnet sich hierzulande eine Pleitewelle sondergleichen ab. Zwar gibt es seit Mai Lockerungen, im Gefolge der Abstandsregeln sinkt die Auslastungsrate allerdings so weit, dass viele Lokale

---

*Angewandte Wissenschaft* kommt in ihrem Blog für die ersten Monate der Pandemie 2020 jedenfalls zu folgendem Befund: »Wir haben eine Gesundheitskrise und die Gesundheitskosten steigen in diesem Jahr trotzdem kaum an. Dem grossen Mehraufwand für die Behandlung von schwererkranken Covid-19-Patienten in den Spitälern stehen massive Rückgänge bei der Beanspruchung sonstiger medizinischer Behandlungen entgegen.«

<https://blog.zhaw.ch/gesundheitsoekonomie/2020/05/28/was-macht-corona-mit-unseren-gesundheitskosten/> Für Deutschland lassen sich derzeit (Juli 2020) noch keine Schätzungen finden.



keine Gewinne mehr abwerfen und die Wiedereröffnung sich wirtschaftlich in vielen Fällen nicht mehr rechnet.<sup>40</sup>

Würde sich die Corona-Pandemie nur auf die durch behördliche Restriktionen nachhaltig in ihren Betriebsabläufen beeinträchtigten Teile des Dienstleistungssektors auswirken, blieben die Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland dennoch überschaubar. Denn hierzulande spielen Branchen wie die Gastronomie, der Tourismus oder die Veranstaltungswirtschaft letztlich nur eine Nebenrolle.<sup>41</sup> Die Krise in diesen Sektoren wirkt aber auf andere Wirtschaftsbereiche zurück. Sie löst zunächst einmal eine Talfahrt in anderen Segmenten der >Realwirtschaft< aus. Wenn die Reiseanbieter keine Kunden mehr haben, dann bleiben nicht nur die Hotels rund ums Mittelmeer leer, auch der Flugverkehr bricht ein. Bleiben die Flugzeuge am Boden, dann bleiben auch Flugzeughersteller auf ihren Maschinen sitzen. Der Druck auf Absatz und Ertrag betrifft indes auch Branchen, bei denen der Verkettungszusammenhang weniger unmittelbar ins Auge springt. Man nehme nur Deutschlands traditionelle Vorzeigewirtschaft, die Automobilproduktion. Angesichts einer allgemeinen Verunsicherung und trüber Wirtschaftsperspektiven hatten im ersten Quartal 2020 die fünf größten Autokonzerne der Welt Einbrüche bei den Verkaufsziffern von 21 Prozent, beim Umsatz um neun Prozent zu verzeichnen.<sup>42</sup> In Deutschland dokumentiert der Einbruch bei den Exporten die pandemiebedingte globale Talfahrt der >Realwirtschaft<. Die lagen im März um 24 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat und im April sogar um 31 Prozent.<sup>43</sup> Diese herben Rückschläge lassen sich nicht so ohne Weiteres ausgleichen.

---

40 Nach einer Umfrage des deutschen Hotel und Gaststättenverbandes gilt das für acht von zehn Betrieben. <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/trotz-neustart-gastronomie-droht-pleitewelle>. Das ist sicherlich eine gezielte Übertreibung, mit der sich die Interessenvertretung der Branche im Kampf um weitere Hilfgelder gut zu positionieren versucht. Aber auch wenn in Wirklichkeit nur drei oder vier von zehn Betrieben unter den derzeitigen Bedingungen Verluste einfahren, bleibt das eine dramatische Entwicklung.

41 Weltweit sieht das freilich insofern anders aus, als mit dem Tourismus eine der im Ranking der wichtigsten globalen Industrien inzwischen mit ganz oben angesiedelten Branchen von Corona schwer gebeutelt wird. 2018 trug der Tourismus 10,4 Prozent zum globalen BIP bei. Gerade für viele an der Weltmarktpерiphery gelegene Staaten ist diese Branche extrem wichtig.

42 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/corona-krise-analysten-erwartenhohe-verluste-in-der-autoindustrie-a-52ad149d-b4b5-4ed5-95be-691127c1b1bc>

43 <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/coronavirus-exporte-einbruch-100.html>

Nach einer im Juni veröffentlichten Prognose des IWF steht für 2020 eine Schrumpfung des globalen BIP um 4,9 Prozent zu erwarten.<sup>44</sup> Dieser globale Rückgang muss ein extrem exportabhängiges Land wie Deutschland überproportional treffen, und dementsprechend geht der IWF für dieses Land sogar von einem Rückgang des BIP um 7,8 Prozent aus.

So dramatisch diese Ziffern klingen, die wirkliche Achillesferse des heutigen Kapitalismus wurde noch gar nicht angesprochen: Auf seiner heutigen Entwicklungsstufe ist das System des abstrakten Reichtums extrem abhängig von der Vermehrung fiktiven Kapitals auf den Finanzmärkten. Seit den 1980er-Jahren bleibt der Kapitalismus nur noch auf Wachstumskurs, weil er in Gestalt von Finanztiteln aller Art (Aktien, Anleihen, Futures etc.) und sich immer höher auftürmender privater Kreditgebirge die Aussicht auf künftige Profite vorab in Kapital verwandelt. Die transnationale Finanzindustrie ist zur eigentlichen Basisindustrie des kapitalistischen Systems aufgestiegen.<sup>45</sup> Wächst diese nicht mehr, dann rutscht im Gefolge auch die >Realwirtschaft< alsbald weltweit in die Krise. Im Jahr 2008 konnte man das zuletzt bilderbuchhaft studieren. Damals haben sinkende Preise für US-amerikanische Eigenheime einen globalen Finanzmarktcrash ausgelöst, weil viele Immobilienkredite nur durch den Wiederverkaufswert der auf Pump finanzierten Eigenheime gedeckt waren und das internationale Bankensystem deshalb auf Krediten saß, die sich als >faul< erwiesen. Das hatte eine Weltwirtschaftskrise zur Folge. Zwölf Jahre später ist die Finanzindustrie noch viel riesiger aufgebläht als damals, aber keinen Deut stabiler. So warnte etwa bereits im Oktober 2019 die neue IWF-Chefin Kristalina Georgiewa vor einer neuen Finanzkrise, weil sich die Unternehmen weltweit in Höhe von 19 Billionen Dollar verschuldet hätten.<sup>46</sup> Wenn aber vor zwölf Jahren ein Rückgang der US-amerikanischen Immobilienpreise eine Entwertungs spirale ausgelöst hat, die den globalen Finanzüberbau fast zum Einsturz gebracht hätte, ist leicht vorstellbar, welche Bedrohung die aktuelle Krise darstellt. Gemessen an einer nur einen einzelnen Wirtschaftszweig in einem Land betreffenden Entwicklung, ist Corona von ganz anderer Tragweite. Die Seuche betrifft alle Länder; egal ob die Regierungen restriktive Maß-

44 <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/iwf-corona-wirtschaftskrise-prognose-weltwirtschaft-1.4946441>

45 Vgl. dazu genauer meinen Text *Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation*, <https://www.krisis.org/2014/kapitalakkumulation-ohne-wertakkumulation/>

46 <https://www.dw.com/de/iwf-warnt-vor-schulden-zeitbombe/a-50859978>

nahmen ergreifen oder dem Virus freien Lauf lassen, in vielen Branchen müssen Unternehmen ihre Profiterwartungen drastisch nach unten korrigieren oder schreiben sogar tiefrote Zahlen. Eine solche Erschütterung hat allemal das Potenzial, die Finanzmarktblase, die sich im Laufe der letzten zwölf Jahre gebildet hat, zum Platzen zu bringen.

Das wissen natürlich auch die Regierungen dieser Welt und vor allem die Zentralbanken. Ohne die massiven präventiven Stützungskäufe Letzterer wären schon im Frühjahr unweigerlich sämtliche Börsen dieser Welt abgestürzt.<sup>47</sup> Die eigentliche Bewährungsprobe steht freilich noch aus. Wenn eine durch Corona ausgelöste Pleitewelle das Bankensystem mit Kreditausfällen im großen Stil konfrontiert, könnte es doch noch zu einem massiven Entwertungsschub an den Finanzmärkten kommen, der wiederum den Rest der Wirtschaft mit in den Abgrund zöge. Vor allem in den USA, aber auch in einigen europäischen Ländern wie Italien und Großbritannien, befinden sich die Banken in einer höchst prekären Lage. Und auch das deutsche Bankensystem ist alles andere als stabil. Nach einer Prognose des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) werden selbst bei einer raschen Konjunkturerholung nach dem Lockdown sechs Prozent der Sparkassen sowie Privat- und Genossenschaftsbanken im Herbst 2020 in eine Schieflage geraten. Sollte sich die Flaute über Monate hinziehen, könnten sogar 28 Prozent der Geldinstitute in Not geraten.<sup>48</sup> Die Bundesregierung hat auch aus diesem Grund zunächst einmal bis zum Jahresende das Insolvenzrecht ausgesetzt und überschuldete, zahlungsunfähige Unternehmen von der Pflicht entbunden, Insolvenz anzumelden. Damit sind auch die Banken erst einmal von der Notwendigkeit befreit, die nicht mehr eintreibbaren Kredite jetzt schon abzuschreiben; mit solchen Maßnahmen wird das Problem der Kreditausfälle aber natürlich nicht gelöst, sondern nur vertagt und aufgestaut. Nach Berechnungen des Instituts für deutsche Wirtschaft (IW) könnten bis Ende des Jahres 2020 schon 4.300 Zombieunternehmen durch Deutschland spuken, die zunächst

---

47 Die EZB hat angesichts der Corona-Krise ein neues Aufkaufprogramm im Umfang von 750 Milliarden Euro aufgelegt. Hauptnutznießer sind diesmal nicht klamme Staaten, sondern marode aktiennotierte Unternehmen. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ezb-anleihen-urteil-corona-1.4897615>

48 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/corona-folgen-oekonomen-rechnen-mit-bankenkrise-a-00000000-0002-0001-0000-000171875113>

einmal weiter machen dürfen, obwohl sie nach den alten Regeln schon bankrott wären.<sup>49</sup>

Was Covid-19 angeht, wurde lange über eine zweite Welle diskutiert, die möglicherweise mehr Opfer fordert als die erste. Was die weltwirtschaftlichen Perspektiven betrifft, stellt auf alle Fälle die zweite Welle das eigentliche Problem dar: Sollte die derzeitige Rezession die nächste, längst überfällige Finanzmarkt- und Bankenkrise auslösen, würde sich das, was heute als Corona-Krise firmiert, im Nachhinein als bloßes Vorgeplänkel für den eigentlichen Krisenschub entpuppen.

### 13.

Auch die politische Klasse scheint sich im Klaren darüber zu sein, dass für die ökonomische Perspektive weniger die direkten Kosten der Pandemie das Problem darstellen und auch nicht die Verluste in den unmittelbar von Restriktionen betroffenen Branchen, sondern die Rückwirkungen auf den Rest der Wirtschaft. Die Zusammensetzung des Corona-Ausgabenkatalogs spricht jedenfalls Bände. Im Frühjahr 2020 kündigte die Bundesregierung an, sie werde eine Billion Euro zusätzliche neue Kredite auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen. Damit schoss der Stand der Staatsschulden mit einem Schlag von 59,8 Prozent des BIP auf 81 Prozent hoch – ein bisher beispielloser Vorgang. Gerade einmal 3,5 Milliarden Euro, also 0,35 Prozent der Gesamtsumme, waren dabei für die Finanzierung der direkten Pandemiekosten vorgesehen. Um die Zusatzkosten im Gesundheitswesen zu finanzieren, bediente sich der Bund lieber bei einer anderen Quelle und zapfte zu diesem Zweck den nach Jahren der Hochkonjunktur prall gefüllten Gesundheitsfonds der gesetzlichen Krankenkassen an.<sup>50</sup> Und auch die Soforthilfen, die kleineren Unternehmen, Soloselbstständigen und Freiberuflern die Existenz sichern sollten, stellen nur ein kleines Stückchen vom Riesenkuchen dar. Für diesen Zweck wurden 50 Mrd. Euro reserviert. Der Hauptposten unter den coronabedingten Zusatzausgaben für die Exi-

---

49 [https://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/koennte-ein-problem-werden-4300-zombiefirmen-unter-uns-deutschland-droht-noch-2020-der-grosse-spuk\\_id\\_12391691.html](https://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/koennte-ein-problem-werden-4300-zombiefirmen-unter-uns-deutschland-droht-noch-2020-der-grosse-spuk_id_12391691.html)

50 Der DGB hat von Anfang an zu Recht die >soziale Schieflage< dieser Finanzierungsweise kritisiert. Sie bedeutet nämlich nichts anderes als die Freistellung aller privat Krankenversicherten von der Finanzierung der corona-bedingten Zusatzausgaben.

stanzsicherung, das Kurzarbeitergeld, für das im Jahr 2020 voraussichtlich 30 Mrd. Euro gebraucht werden, wurde wieder bis auf Weiteres auf die Bundesagentur für Arbeit abgewälzt, deren Reserven in den Jahren der Hochkonjunktur auf 26 Mrd. Euro angeschwollen waren.<sup>51</sup> Wesentlich spendabler als gegenüber Freiberuflern, Selbstständigen und Kleinunternehmen zeigte sich der Bund von Anfang an gegenüber den größeren und großen Unternehmen. Im März starteten nicht nur Sonderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), es wurde auch der »Wirtschaftsstabilisierungsfonds« aus der Taufe gehoben, der ausschließlich Unternehmen mit mehr als 249 Beschäftigten zugutekommt. Dieser umfasst nicht nur die Refinanzierung der KfW-Sonderprogramme durch eine weitere Kreditemächtigung über 100 Mrd. Euro; damit diese Unternehmen sich auch weiterhin auf dem Kapitalmarkt refinanzieren können und Zugang zu Bankkrediten haben, übernahm der Staat im großen Stil das Ausfallrisiko. Es wurden zusätzliche Staatsbürgschaften bis zu einem Garantierahmen von 400 Mrd. Euro beschlossen.

Zu Beginn der Corona-Pandemie erntete die Große Koalition für ihre Politik hohe Zustimmungswerte – auch für ihre dem Motto »Nicht kleckern, sondern klotzen« folgende Haushaltspolitik. Das lag auch an einer verzerrten Wahrnehmung der Verwendung dieser Mittel. Im Zentrum der öffentlichen Debatte standen gerade jene Maßnahmen, die innerhalb des Gesamtpakets kaum ins Gewicht fielen: die Aufrüstung des Gesundheitswesens und die Hilfgelder für die Existenzsicherung »kleiner Leute«. Die Brotkrumen wurden als das Wesentliche missverstanden. Diese Fehlwahrnehmung kam nicht von ungefähr. Der Wunsch nach einer wirksamen Bekämpfung der Pandemie amalgamierte sich mit dem Reflex, angesichts der Bedrohung eine nationale Notgemeinschaft zu formieren – und da ging man über das Kleingedruckte im Corona-Gesellschaftsvertrag weitgehend hinweg.

Diese ideologische Bedürfnislage lässt sich an dem seltsamen Bedeutungswandel festmachen, der dem Adjektiv »systemrelevant« während

---

51 Erst wenn die Reserven der Bundesagentur für Arbeit aufgezehrt sind und deren Etat mit Bundesmitteln aufgestockt werden muss, ist der Staatskredit gefordert. Der Punkt dürfte gegen Ende des Jahres 2020 erreicht sein. Für das laufende Jahr rechnet die Bundesagentur im Mai mit Kosten für das Kurzarbeitergeld von 30 Mrd. Euro. <https://www.rnd.de/wirtschaft/kurzarbeit-bundesagentur-fur-arbeit-rechnet-2020-mit-kosten-von-30-milliarden-euro-RNO6RE2IL4JD7TLRMBJYODHDCU.html>

des Frühjahrs-Lockdowns widerfuhr. Dieser Ausdruck hielt mit der letzten großen Finanzkrise Einzug in den Wortschatz, und zwar als Totschlagargument, um die beim Wahlvolk wenig populäre Bankenrettung als alternativlos zu rechtfertigen. Sein Auftreten dokumentierte damals unfreiwillig die Grundverrücktheit der warengesellschaftlichen Ordnung. Systemrelevant und damit vom Staat um jeden Preis am Leben zu erhalten, sind die Wirtschaftsakteure, ohne die die Selbstzweckbewegung der Verwandlung von Geld in mehr Geld gesamtgesellschaftlich nicht fortgesetzt werden kann. Zu dieser Rubrik gehört zuvorderst die Finanzindustrie, die seit Jahrzehnten zum Hauptträger der Vermehrung abstrakten Reichtums geworden ist. Wer nur seine Arbeitskraft zu veräußern hat, hat demgegenüber nur eine nachgeordnete Position inne und ist, so die Quintessenz der warengesellschaftlichen Logik, mehr oder minder *systemirrelevant*. Natürlich könnte man aus dieser Demütigung die logische Konsequenz ziehen: Eine Wirtschaftsweise, in welcher der stoffliche Reichtum und die Menschen irrelevant sind und nur der abstrakte Reichtum zählt, ist absurd und gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Was ist das für ein System, in dem nicht die Güter und Bedürfnisse zählen, sondern alles um den in Geld ausgedrückten Reichtum kreist? Statt in diese Richtung zu denken, kam unter dem Eindruck von Corona die Retourkutsche. Plötzlich galten Pflegekräfte und Kassiererinnen an den Supermarktkassen als >systemrelevant< und wurden damit *honoris causa* zu den eigentlichen Held\*innen ernannt.

In ihrer Praxis hat sich die Bundesregierung, wie alle anderen Regierungen der kapitalistischen Kernstaaten, selbstverständlich durchgängig an die alte Bedeutung des Wortes Systemrelevanz gehalten. Je länger die Pandemie währt, je weiter der ökonomische Krisenprozess voranschreitet, desto mehr wird das aber auch für das Publikum offensichtlich. Im Frühjahr 2020 wurden kleine Selbstständige, Gastronomen und sogar Künstler, die durch Corona ihrer Auftrittsmöglichkeiten beraubt waren, noch mit Zuschüssen zu ihren Betriebsausgaben unterstützt. Inzwischen gehen sie trotz weiter geltender Restriktionen leer aus. In Sachen Existenzsicherung hat für sie der Interventionsstaat nur noch Hartz IV im Angebot. Die einzige Maßnahme, die noch so etwas wie ein Echo auf die im Frühjahr herrschende Stimmungslage darstellt, ist der >Coronabonus< von 1.000 € für besonders belastete Pflegekräfte. Die dafür nötigen 100 Millionen werden aber auch wieder nicht aus dem Bundeshaushalt bestritten, sondern aus dem strapa-

zierten Gesundheitsfonds der gesetzlichen Krankenversicherungen. Der Bund hat mit seinen Mitteln nämlich Besseres zu tun. Wohlwissend, dass die schlimmste allgemeine ökonomische Abwärtsbewegung aller Zeiten droht und das 9 Mrd. schwere Rettungspaket für die Lufthansa nur der Anfang war, diskutiert man über eine Aufstockung der Hilfen für die großen Unternehmen.

Diese Diskrepanz tritt noch viel deutlicher zutage, wenn man nicht nur die Haushaltspolitik betrachtet, sondern auch die Geldpolitik der EZB, die ausschließlich der Rettung des Finanzsektors dient. Wie andere Zentralbanken auch, stützt diese inzwischen nicht mehr nur indirekt die Aktienkurse, indem sie die Wirtschaft mit ultra-billigem Geld überschwemmt, sondern zusätzlich auch direkt durch den exzessiven Aufkauf von Unternehmensanleihen.<sup>52</sup> Die Krisenlösung von 2008 soll wiederholt werden, aber diesmal von vornherein auf einer noch viel höheren Stufenleiter.

Es ist absehbar, dass die Politik, indem sie sich auf die Rettung dieser >systemrelevanten< Teile der Wirtschaft konzentriert und bei der breiten Bevölkerung knausert, nicht nur die Corona-Notgemeinschaft unterminiert, sondern auch einen allgemeinen Stimmungsumschwung herbeiführen dürfte. Ähnlich wie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 könnte sich die Wut dann wieder gegen >die Politiker< richten, denen vorgeworfen wird, in einer Mischung aus Korruptheit und Unfähigkeit, gegen den Willen >des Volkes< zu handeln. Das wäre Wasser auf die Mühlen der Rechten, die in der ersten Phase der Coronakrise zunächst an Popularität eingebüßt hatten, jedoch von deren Nachwirkungen wieder Aufschwung bekommen könnten. Demgegenüber ist deutlich zu machen, dass es eben nicht darauf ankommt, den Begriff der Systemrelevanz alternativ zu besetzen, sondern diesen selbst radikal zu verwerfen. Eine Gesellschaft, in der Anerkennung nur findet und ein Lebensrecht hat, wer etwas zum Funktionieren des >Systems< beiträgt, degradiert die Menschen zu bloßen Rädchen im Getriebe: Sie ist daher grundsätzlich infrage zu stellen. Es kommt darauf an, den systemischen Selbstlauf zu stoppen. Was

---

52 Die EZB hat angesichts der Corona-Krise ein neues Aufkaufprogramm im Umfang von 750 Milliarden Euro aufgelegt. Solche Aufkaufprogramme gab es schon in den 2010er-Jahren. Das neue unterscheidet sich von seinen Vorläufern allerdings in zweierlei Hinsicht. Zum einen liegt der Schwerpunkt neuerdings bei den Unternehmensanleihen, zum anderen war die Qualität dieser Papiere noch nie so schlecht. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ezb-anleihen-urteil-corona-1.4897615>

wir brauchen, ist eine Gesellschaft, in der die Menschen über ihre eigenen sozialen Beziehungen verfügen und nicht mehr den Zwängen der ›schönen Maschine‹ gehorchen müssen.